



Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berliner Börse vom 16. Februar. Staatsanleihe 86 1/2, 4 1/2 pSt.
Anleihe 101. Prämien-Anleihe 112 1/2. Verbacher 158 1/2. Köln-Minder-
ner 107. Freiburger I. 154. Freiburger II. 139 1/2. Mecklenburger 55 1/2.
Nordb. 61 1/2. Dberfchl. A. 222. B. 157. Dberberger I. 214. II. —. Rhe-
nische 116 1/2. Metalliques 81 1/2. National 84. Wien 2 Monat 97.

Telegraphische Nachricht.

Parma, 13. Febr. Fürst La Tour d'Auvergne überreichte gestern
in feierlicher Audienz seine Creditive als bevollmächtigter Minister Sr. Ma-
jestät des Kaisers Louis Napoleon bei dem hiesigen Hofe.

Breslau, 16. Februar. [Zur Situation.] Das Haus der
Abgeordneten hat gestern die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs
wegen der ländlichen Polizei-Verwaltung zu Ende gebracht, resp. an-
genommen. Ueber die Motive, durch welche die Majorität zu dieser
Annahme bestimmt worden, spricht sich einer unserer geschätzten berliner
Korrespondenten des Näheren aus.

Auch erhalten wir heute von dorthier den Wortlaut der preussischen
Depesche vom 3. Februar, bezüglich der österreichischen Bundesvorlage,
welche letztere vom 8. d. M. datirt ist. Ein formeller Beschluss über
dieselbe ist noch nicht gefasst worden.

Preussens Mitwirkung bei den Konferenzen ist immer noch ein
fraglicher Punkt. Schwerlich wird Preussen sich zu irgend welchen Mo-
difikationen seiner bisherigen Politik verstehen, um jenen Eintritt zu ge-
winnen, da gewichtige Stimmen dafür sprechen, dass Preussens Vortheil
sogar ein Fernhalten von denselben befürworte.

Diese Ansicht ist so eben in einer Broschüre des Grafen Magnus
Moltke ausgeführt worden, deren Analyse in einer unten folgenden
berliner Korrespondenz nachzulesen von Interesse sein dürfte.

Ueber den Gang, welchen England bei den Konferenzen zu ver-
folgen gedenkt, gibt unser londoner Korrespondent Aufschluss. Zugleich
erörtert derselbe die Punkte wegen der Donau-Schiffahrt und Reorgani-
sation der Donau-Fürstenthümer, indem er auf deren höchst verhäng-
nisvolle Zweideutigkeiten und Widersprüche verweist.

Jedenfalls geht aus dieser Darstellung hervor, dass die entente
cordiale der Westmächte an einem schwachen Fädchen hängt; eine An-
sicht, welche auch andererseits getheilt wird, so dass man der jetzt so
eifrig betriebenen Befestigung von Portsmouth eine besondere anti-
französische Bedeutung beilegt.

In Wien scheint man sogar die Hoffnung zu hegen, dass die be-
vorstehenden Konferenzen dem Einfluss Englands auf den Continent
für immer ein Ende machen und durch eine französisch-österreichische
Allianz eine neue Machtgruppierung herbeiführen werden würde, welcher zu-
Giebe man sogar in eine Revision der Verträge von 1815 wil-
ligen würde. (S. unsere wienener Correspondenz.)

In England scheint übrigens der Streit der Krone und des Ober-
hauses einen großen Theil des bisher der auswärtigen Politik zuge-
wandten Interesses zu absorbiren und dürfte diesmal die Majorität des
Volkes auf Seiten der Krone stehen. Dass dies ist, erklärt sich aus
der reformfeindlichen Stellung, die von den Lords seit Jahren einge-
genommen wird, und aus der ehrbaren politischen sowohl wie häusli-
chen Haltung des königlichen Hauses. Von diesem fürchtet das Volk
nicht, dass es sein Recht der Pairsernennung zu unsauberen Zwecken,
zu Gunsten unsauberer Individuen verwenden werde, wie dies von
englischen Monarchen früherer Zeiten nur zu oft geschehen ist; den
Lords aber wünschen die meisten neuen kräftigen Elemente zu ihrer
Verjüngung und Wiederherbarmachung. Geht die jetzige Pairse-
rernennung auf Lebenszeit durch, dann giebt sie der Krone ein gewalti-
ges Mittel an die Hand, große oder kleinliche, gute oder schlechte
Zwecke durchzusetzen. Der Präcedenzfall ist somit für Englands Zu-
kunft wichtig, und wäre es voreilig in das Geschrei einzustimmen, und die
Lords vom Oberhause als bloße Wortklaubler oder kastenstrenge Aristok-
raten zu verdammen. Die Motive ihres Widerstandes mögen theil-
weise engherzig sein, aber das Thema selbst ist wohl ihrer gründli-
chen Besprechung werth.

Die Beziehungen Amerikas zu Russland betreffend, schreibt
der Correspondent der „Daily News“ (ein Amerikaner) aus Newyork
vom 29. Januar folgendes: Der russische Gesandte in Washington
war seit Beginn des Krieges mit den nöthigen Vollmachten versehen,
die amerikanische Regierung zur Abschließung eines Allianz-Traktates
mit Russland zu vermögen. Seine Anerbietungen wurden höflich ab-
gelehnt, aber nur deshalb, weil sich die amerikanische Regierung nur
dann zur Abschließung eines derartigen Traktats berechtigt hielt, wenn
sie in einen Krieg mit England verwickelt werden sollte. Gleichzeitig
mit den letzteren, an Mr. Buchanan abgegangenen Weisungen, ist ein
Courier mit Depeschen nach Petersburg geschickt worden, die dem
dortigen Cabinet höchst erwünscht sein sollen. Der erste Schritt der
amerikanischen Regierung zu einem Kriege gegen England wäre die
Ratifizierung eines Traktats mit Russland.

Die Novelle zu dem Bergrechte.

Der von der Regierung dem Landtage vorgelegte Entwurf eines
Gesetzes über die Berg-Eigenthums-Verleihung und Be-
stimmung der Grubenfelder nimmt unabweislich unter den bis-
her in der gegenwärtigen Session eingebrachten, auf die Civilgesetzge-
bung bezüglichen, Vorlagen für die Provinzen des Staates die Stelle des
Rheins, in denen der Bergbau vorzugsweise betrieben wird, die erste
Stelle ein. Zu diesen Provinzen gehört Schlesien, welches insbe-
sondere noch durch die Vorlage in seinem provinziellen Institute des
Dominial-Mitbaurechts betroffen wird; wir glauben also durch
eine Mittheilung des Inhaltes der Vorlage und eine Beleuchtung ihres
Inhaltes den so zahlreichen Bewohnern der Provinz, welche mittelbar
und unmittelbar bei dem Bergbau theilhaftig sind, uns zu verpflichten,

indem wir ihnen die Gelegenheit gewähren, Kenntniss von der beab-
sichtigten Aenderung der bergrechtlichen Gesetzgebung zu nehmen, und
auf dem gesetzlich gestatteten Wege ihren Ansichten und Wünschen Ein-
gang bei den bevorstehenden Beratungen des Landtags zu verschaffen.

Der Entwurf selbst lautet dahin:

§ 1. Alle bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Größe der zu
verleihenden Grubenfelder werden hierdurch aufgehoben; an die Stelle derselben
treten folgende Vorschriften:

§ 2. Das Berg-Eigenthum soll auf Feldern verliehen werden, die von
geraden Linien an der Oberfläche und von senkrechten Ebenen in die ewige
Tiefe begrenzt sind. Der Umfang der zu verleihenden Felder ist nach der
horizontalen Projektion in Quadratlastern festzustellen.

§ 3. Der Anspruch auf den Erb- oder Grund-Kurz, sowie auf das Recht
zum Wirtbau ist fortan bei neuen Verleihungen nicht mehr von der Lage der
Fundgrube, sondern von der Lage des Fundpunktes abhängig.

§ 4. Der Finder und jeder folgende Muther hat das Recht, die Ver-
leihung eines Feldes von 10,000 Quadratlastern zu verlangen, wenn folches
in der Umgebung des Fundpunktes noch nicht von einem Andern bergrecht-
lich erworben oder früher in Anspruch genommen worden ist. Dem in die-
ser Größe zu verleihenden Felde kann jede beliebige, den Bedingungen des
§ 2 entsprechende Form gegeben werden, doch dürfen je zwei Punkte der Be-
grenzung nicht über 200 Lasten von einander entfernt liegen.

§ 5. Nach dem Ermessen der Berg-Verleihungs-Behörde kann jedoch das
zu verleihende Feld, dem Bedürfnisse entsprechend, auch über die im § 4 an-
gegebene Größe ausgedehnt werden.

§ 6. Das Recht zur Gewinnung erstreckt sich in dem verliehenen Gru-
benfelde auf das in der Verleihungs-Urkunde genannte Mineral ohne Rück-
sicht auf die Art des Vorkommens desselben.

Werden außer dem oder den in der Verleihungs-Urkunde genannten, noch an-
dere Mineralien in dem Grubenfelde entdeckt, so ist der Berg-Eigenthümer
befugt und verpflichtet, das Recht zur Gewinnung besonders nachzuforschen,
welches ihm sojann mittelst einer Deklaration der Berg-Eigenthums-Ver-
leihungs-Urkunde zu bewilligen ist.

§ 7. Die Berg-Eigenthums-Verleihung größerer, ohne Vermessung nur
durch äußerlich genau bezeichnete Grenzen festzustellender Distrikte findet fer-
ner nur auf Aasen-Eisenstein und mithin nicht mehr auf andere Eisenerze
oder sonstige Mineralien statt.

§ 8. Die gestreckten Felder der bereits verliehenen Bergwerke können
auf den Antrag der Berg-Eigenthümer nach Maßgabe des gegenwärtigen
Gesetzes in gevierte Felder umgewandelt werden, insoweit nicht die Rechte der
Eigenthümer benachbarter Bergwerke oder aus Muthungen entgegenstehen.

Ein solcher Antrag hat in Beziehung auf das begehrte freie Feld die
Wirkung einer Muthung.

§ 9. Nach dem Erscheinen des gegenwärtigen Gesetzes soll ein gestreck-
tes Grubenfeld nicht weiter verliehen werden.

§ 10. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten wird
mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

In den Motiven wird hervorgehoben, dass sich die gesetzlichen Vor-
schriften über die Beschaffenheit und Größe der Grubenfel-
der in ihrer Anwendung längst als ungenügend erwiesen haben, und
dass das zur Behebung dieses Mangels bestimmte Gesetz vom 1. Juli
1821, betreffend die Verleihung des Berg-Eigenthums auf Flächen seinen
Zweck nur unvollkommen erfüllt habe. Es sei zunächst namentlich die
verschiedene Art der Vermessung nach gestrecktem oder nach
geviertem Felde, welche häufig föhrend in den Betrieb eingreife
und zu Streitigkeiten Veranlassung gebe, indem der Mangel einer ge-
nügenden gesetzlichen Definition der verschiedenen Arten von Mineral-
Lagerstätten Zweifel über die anzuwendende Vermessungsart herbeifüh-
ren. Sodann walle nach den Vorschriften der Bergordnungen und
des Landrechts eine ungemein große Verschiedenheit der Größe der zu
verleihenden Lagerstätten ob, deren Beibehaltung durch keinen inneren
Grund bedingt sei, wohl aber den Uebelstand mit sich führe, dass die
Bergbautreibenden ein und desselben Staates, ja einer und derselben
Provinz, nach dem zufälligen Umstande, wo das Bergwerkobjekt liegt,
ganz verschieden behandelt werden müssten. Ferner erscheine die La-
genvermessung an sich unzweckmäßig, weil sie Ungewissheit über die
wirkliche Lage und Ausdehnung des Feldes mit sich führe, Streitigkei-
ten und Kollisionen hervorrufe, insbesondere aber auch über das in den
verschiedenen Bergordnungen und in der Theorie ganz abweichend be-
handelte Bierungsrecht. Es genügt aber auch die gegenwärtigen
Vorschriften über die Verleihung gevierter Felder nicht mehr,
weil sie die gangartigen Lagerstätten ausschließen, das Gesetz vom 1. Juli
1821 auch nur von Flächen spreche und die Feldergöße von der
Möglichkeit eines zusammenhängenden Baues abhängig mache,
während die Praxis sich genöthigt gesehen, über den Wortlaut des Ge-
setzes hinaus, dasselbe auch bei anderen Lagerstätten anzuwenden, und
von dem Nachweise eines zusammenhängenden Baues absehend, sich mit
solchen Anschlägen zu begnügen, welche die Verbreitung des gemuthe-
ten Vorkommens innerhalb des begehrten Feldes darthun. Indessen
liege das Bedürfniss vor, diesen Abweichungen vom Gesetze eine legale
Grundlage zu geben.

An die sehr ausführliche und gründliche Darstellung dieser kurz an-
gedeuteten Mängel der jetzigen Gesetzgebung anknüpfend, werden als die
dem vorgeschlagenen Gesetze zum Grunde liegenden Hauptprinzipien be-
zeichnet:

- 1) Die Natur des Mineralvorkommens ist ohne Einfluss auf die
Art der Feldesverleihung. An Stelle der bisherigen gestreckten und ge-
vierten Felder werden allgemein nur gevierte Felder mit der ewigen
Tiefe nach senkrechten Begrenzungsebenen verliehen.
- 2) Die Größe dieser Felder wird nur nach Quadratlastern, nicht
mehr nach Fundgrube und Maßen bestimmt. An die Stelle der bisherigen
Fundgrube, soweit davon Rechte des Grundeigenthümers in
Betreff des Grundkurses und des Mitbaurechts abhängen, tritt der
Fundpunkt.
- 3) Der Finder und jeder folgende Muther hat auf Grund des Auf-
schlusses am Fundpunkte einen Rechtsanspruch auf ein Minimalfeld, des-
sen Größe ihm bei jeder Art von Vorkommen einen lohnenden Betrieb
sichert.
- 4) Nach dem Ermessen der Bergbehörde kann diese Feldesgröße weiter aus-
gedehnt werden, wenn die Verhältnisse des speziellen Falles einen un-
angenehmeren Bergbau und kostspielige Anlagen für denselben erfordern,
ohne jedoch andererseits eine Feldesperre herbeizuführen.
- 5) Die Verleihung eines Feldes gewährt das Recht zur Gewinnung der in
der Verleihungs-Urkunde ausdrücklich genannten Mineralien,
ohne Rücksicht auf die Art des Vorkommens, und außerdem einen An-
spruch auf die in dem verliehenen Felde vorkommenden anderen

Mineralien, sofern der Beliehene sie zu gewinnen und zu benutzen
beabsichtigt und durch eine Deklaration seiner Verleihungs-Urkunde dazu
ermächtigt wird.

6) An den Rechten der Berg-Eigenthümer, welche bei dem Eintritt der Ge-
setzeskraft des zu erlassenden Gesetzes bereits bestehen, wird nichts
geändert. Auf Antrag der Interessenten kann aber, unbeschadet der
Rechte Anderer, eine Feldes-Umwandlung stattfinden.

In Beziehung auf die einzelnen §§ werden folgende leitende Ge-
sichtspunkte hervorgehoben:

ad § 1. Aufhebung sämtlicher bisheriger Vorschriften über die
Verleihung gestreckter und gevierter Felder ohne Ausnahme.

ad § 2. Einfachste und sicherste Art der Bestimmung der Gru-
benfelder dadurch, dass eine gewisse Fläche auf der Oberfläche durch
feste Grenzen bezeichnet wird, und dass der körperliche (prismatische)
Raum, welcher senkrecht unter demselben liegt, und nach der Tiefe hin
nicht beschränkt wird (ewige Tiefe), das Grubenfeld bildet.

ad § 3. Nothwendigkeit einer abändernden Bestimmung rücksicht-
lich des Grundkurses und Mitbaurechts wegen Wegfalles der
Fundgrube.

ad § 4. Angemessenheit der angenommenen Minimalgröße von
10,000 Quadratlastern und der gestatteten Felderstreckung.

ad § 5. Uneingeschränkte, dem Bedürfnisse entsprechende, Größe
des Grubenfeldes.

ad § 6. Vermeidung des zu Unzuträglichkeiten und Streitigkeiten
führenden Falles, dass innerhalb desselben Grubenfeldes zwei verschie-
dene Berg-Eigenthümer den Bau auf verschiedene Mineralien betreiben.

ad § 7. Die für den Aasen-Eisenstein erkannte, jedoch auf andere
Mineralien nicht auszudehnende, Zweckmäßigkeit der Distriktsverleihung
ohne Vermessung.

ad § 8. Beförderung und Erleichterung der Umwandlung gestreck-
ter Grubenfelder in gevierte.

ad § 9. Unzuträglichkeit der Beibehaltung der gegenwärtigen Ver-
messungsweise bei zwar gemutheten, aber noch nicht verliehenen Feldern.

In einem zweiten Artikel sollen die Tendenz und die einzelnen Ge-
setzesbestimmungen einer nähern Betrachtung unterworfen werden.

Preussen.

Berlin, 15. Febr. [Das Gesetz, betreffend die länd-
lichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der
preussischen Monarchie] ist in diesen Tagen im Hause der Ab-
geordneten beraten worden. Je fühlbarer die Abstellung des nach
Inhalt der Verfassungs-Urkunde noch immer in dieser Beziehung be-
stehenden provisorischen Zustandes sich herausgestellt hatte, um so dank-
erfüllter hat die rechte Seite des Hauses die Regierungs-Vorlage be-
grüßt. Im Einflange mit der das Gesetz vorberatenden Kommission
hat sie darin einen Fortschritt zum Besseren, die Vertheilung schwan-
kender und, und je nach lokalen Umständen, geradezu unhaltbarer Zu-
stände erblickt. Das Haus ist mit dankenswerther Energie an die Be-
rathung gegangen; eine Energie, die sich gleich anfangs dadurch kund
gab, dass der Antrag der Linken, die Beratung des Gesetzes bis nach
definitiver Aufhebung der Artikel 42 und 114 der Verfassungs-
Urkunde auszusetzen, wodurch der jetzt bestehende unzulängliche Zustand
mindestens bis zum nächsten Jahr wieder sanktionirt worden wäre, mit
großer Majorität abgeworfen wurde.

Die Verhandlung selbst gewährte die Ueberzeugung, dass das Haus
das in der Gesetzesvorlage gewährte Prinzip

die obrigkeitlichen Rechte der Gutsbesitzer sind von jeher ein Zu-
behör des größeren Grundeigenthums gewesen und haben nicht
ipso jure aufgehört mit der Publikation der Verfassungs-Urkunde
und der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850,

in seiner Majorität anerkannt, wenngleich die Linke dem historischen
eigenen Rechte die königliche Verleihung gegenüberstellte. Auch die
Behauptung der Linken, dass der Entwurf mit der fast fünfzigjährigen,
durch die Agrar-, Landkultur-, Gewerbe- und Finanz-Gesetzgebung be-
festigten, Entwicklung des preussischen Staates und den daraus her-
vorgegangenen Zuständen in Widerspruch stehe, und dass das System
des Entwurfes den wirklichen Besitzzuständen des Landes nicht
entsprechen könnte, als begründet in keiner Weise anerkannt werden.
Das Haus verwarf also in seiner Majorität nicht der von den Re-
dnern der Rechten dagegen hervorgehobenen Ansicht,

dass, fast in gleicher Art, wie sich in Deutschland die landesherrli-
chen Rechte der Fürsten entwickelt haben, sich die obrigkeitliche
Stellung der größeren Grundbesitzer in den einzelnen Landestheilen
ausgebildet habe, und die Grundlage einer natürlichen, in
historischem Boden wurzelnden Aristokratie des Landes geworden sei.

Die Vertheilung der Rittergüter, die, wo sie zur Hofschlächterei aus-
artet, im Interesse der National-Wohlfahrt schwer zu beklagen, hat
doch keineswegs schon so überhand genommen, dass in den östlichen
Provinzen der Monarchie der Rittergutsbesitz neben dem kleinen Grund-
besitz dem Verschwinden nahe wäre.

Es wurde aber auch von der Rechten mit allem Fug und mit
Sachkenntniss hervorgehoben, dass der Rittergutsbesitzer in der Regel
die geeignetste Persönlichkeit zur Verwaltung der polizei-obrkeitlichen
Rechte und zur Uebernahme deren Pflichten sei; es wurde auch dieses
Prinzip der Vorlage um so entschiedener anerkannt, als das Gesetz
die für gewisse Fälle erwünschte oder notwendige Stellvertretung theils
zulässt, theils anordnet, und es dem Interesse des Landes insbesondere,
auch dem der einzelnen Gutsinsassen sicherlich am meisten entspricht,
dass der Polizei-Berweser am Orte und zu jeder Zeit erreichbar
und zugänglich,

dass er eine Persönlichkeit ist, die durch ihre Stellung, durch In-
telligenz und Einsicht den Guts-Inassen gegenüber nicht bloß
Vertrauen erweckt, sondern auch geeignet ist, ihnen in polizeilichen
Dingen beratend zur Seite zu stehen, ein Verhältniss, das fern
von der veralteten früheren Obrigkeit, gute Früchte besonders da

verspricht, wo beide Theile ihre Beziehungen zu einander richtig auffassen und festhalten; endlich, daß die Polizei-Ordnung so lange wie möglich nicht in Hände gelegt werde, welche dafür honorirt werden, denn das Land würde alsdann, wie der Kommissions-Bericht hervorgehoben hat, „mit einem Netze besodeter Schreiber“ überzogen und dadurch unheilvolle Zustände und eine unerträgliche Kostenlast entweder der Gemeinde oder dem Staate aufgebürdet werden.

Durch Annahme der Gesetzes-Vorlage ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, daß ein gesundes edles Element obrigkeitlichen Lebens dem Lande erhalten und durch Pflege einerseits, so wie durch gewissenhafte und treue Pflichterfüllung andererseits, mehr und mehr gereinigt und vervollkommen werde.

3. Berlin, 15. Februar. Wie sehr die westmächtlige Diplomatie bemüht ist, bei Regelung einer europäischen Angelegenheit die Großmacht Preußen zu ignorieren, eben so lebhaft legt die öffentliche Meinung gegen ein solches Verfahren Protest ein und giebt somit ein unzweideutiges Zeugnis für die wichtige Stellung ab, welche unsrem Vaterlande durch jedes unbefangene Urtheil zuerkannt wird. Selbst die allgemeine und so gerechte Spannung auf den Ausgang der bevorstehenden Friedensunterhandlungen hat die Frage, ob Preußen bei denselben mitwirkend aufzutreten wird, nicht in den Hintergrund zu drängen vermocht. In der deutschen, wie in der belgischen, in der englischen wie in der französischen Presse, finden wir dieselbe Angelegenheit besprochen, zwar von verschiedenen Gesichtspunkten und mit entgegen gesetzten Tendenzen, aber überall, bewußt oder unbewußt, mit dem Anerkennung der Wichtigkeit des Gegenstandes. Gegenwärtig beginnt auch die Broschüren-Literatur sich mit der Frage zu befassen, und die vaterländische Presse hat wohl die Verpflichtung, eine so eben in Hamburg erschienene Flugschrift zu beachten, welche der preussischen Politik die gerechteste und anerkannteste Würdigung zu Theil werden läßt. Der Verfasser, Graf Magnus Moltke, hat seinem kurzen, aber durch klare Darstellung und treffendes Urtheil werthvollen Schriftchen die Ueberschrift gegeben: „Einige Worte über die Theilnahme Preußens an den Friedenskonferenzen.“ Er weist zunächst darauf hin, daß die Mitwirkung beim Friedensschlusse als eine doppelte gedacht werden kann, insofern nämlich eine Macht als „Pacifcent“ oder als „Garant“ theilhaftig ist. Als Pacifcent im strengsten Sinne kann Preußen bei den bevorstehenden Verhandlungen schon deshalb nicht auftreten, weil es bei dem Kriege nicht theilhaftig war und sich daher nicht veranlaßt findet, selbst Bedingungen aufzuerlegen oder zu übernehmen. Eine Stelle aber als Garant in der Art einzunehmen, wie sie ihm von den Westmächten zugemuthet wird, würde eben so wenig seiner Würde als seinen Interessen entsprechen: nicht seiner Würde, weil es an der Feststellung der Bedingungen nicht den gebührenden Antheil haben soll, nicht seinen Interessen, weil diese Bedingungen kaum erfüllbare, schwerlich für die Dauer durchzuführende sind, so daß jede Bürgschaft für dieselben mit nicht unberechenbaren Gefahren verbunden wäre. Der Verfasser glaubt zwar unter den gegenwärtigen Verhältnissen an das Zustandekommen des Friedens, wagt aber nicht zu hoffen, daß derselbe von langer Dauer sein werde und knüpft daran die sehr begründete Bemerkung, daß Preußen bei einer Erneuerung des Krieges nur einen Vortheil darin finden wird, durch keinerlei Verpflichtung der freien Entscheidung über seine Politik und der freien Verfügung über seine Kräfte beraubt zu sein. Graf Moltke faßt den Inhalt seines Schriftchens in folgende Schlusssätze zusammen: „Es ist dies ein Glück für Preußen. — Preußen wird auf diese Weise der Gefahr entgehen, die Last für Bestimmungen zu übernehmen, für deren Aufrechterhaltung es gar nicht im Stande ist einzustehen. Es entgeht ferner der Gefahr, seine Ehre einzusetzen für die Wahrung von Interessen, welche Preußen viel zu fern liegen, als daß es Gut und Blut für dieselben einsetzen sollte; es entgeht der Gefahr, die vortreffliche Stellung einzubüßen oder verrückt zu sein, welche es gegenüber den kriegsführenden Mächten eingenommen hat, und endlich, es behauptet am sichersten die Würde und die Unabhängigkeit, welche einer Großmacht geziemen und welche Preußen in dieser schweren Zeit so ehrenhaft behauptet hat, daß Jeder, welcher es mit Preußen gut meint, nur wünschen kann, es bleibe fortan also.“ — Gewiß, der Verfasser hat Recht: Preußen kann, ohne sich selbst und Deutschland unter zu werben, an den Friedenskonferenzen sich nicht betheiligen, wenn ihm eine selbstständige und ehrenvolle Stellung zu denselben versagt wird; es wird nicht, um den Schein einer Großmacht zu erkaufen, das Wesen einer Großmacht, die Freiheit seiner Entscheidungen, aufgeben wollen.

4. Berlin, 15. Februar. Das große Creditinstitut, welches man hier in Berlin errichten will, wird in den Hauptpunkten mit dem Credit mobilier in Frankfurt übereinstimmen. Wie das neue wiener Geldinstitut wird auch dieses getragen durch Männer der höchsten Geburt und Geld-Aristokratie. Zu den Namen, welche ich gestern anführte, kann ich noch hinzufügen, den des Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen, des Herzogs von Ratibor, des Grafen Renard, des Barons von Scharfstein, des Geheimen Commerzienraths Conrad und andere. Die Aussichten für die Genehmigung des Statuts sollen so günstig sein, daß schon in der nächsten Zeit einer Publikation desselben entgegenzusehen ist. — Der außerordentliche Bevollmächtigte Russlands für die pariser Konferenzen, der Graf v. Orloff, ist von Petersburg hier eingetroffen, und hat sein Absteigequartier in dem russischen Gesandtschafts-Hotel genommen. Derselbe wird bereits in den nächsten Tagen von hier abgehen. — Die Soiree, welche gestern von dem russischen Gesandten, Baron v. Budberg, veranstaltet wurde, zeichnete sich, wie die Feste in dem russischen Gesandtschafts-Hotel überhaupt, wiederum durch außerordentlichen Glanz aus. Die Zahl der Eingeladenen war sehr bedeutend und umfaßte auch die Personen, welche an der Spitze unserer Kommunalbehörden stehen. — Von dem Ministerium des Innern wird bekanntlich jetzt die Frage einer Erörterung unterworfen, ob die Errichtung von Aktien-Brotbäckereien in unserer Stadt zweckmäßig und gesetzlich zulässig ist. Im Gewerberath, wohin die Bäckereinnung das Gesuch um Unterstützung der Eingabe an das Ministerium gerichtet hat, ist die Angelegenheit bereits durch eine Kommission vorberathen worden. Dieselbe empfiehlt, dem Bäckergewerk zu antworten, daß für jetzt dem Gewerberath nicht zuzustehen, irgend etwas in dieser Angelegenheit zu Gunsten der Bäckereinnung zu thun. Er werde seine desfallsigen Maßnahmen bis zu der Zeit vertagen, wo das Ministerium sich geäußert haben wird. Man fängt an, die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die projectirten großartigen Bäckereien gar nicht ins Leben treten, da die Betheiligung an der Aktienzeichnung bisher nur eine sehr geringe gewesen ist. — Der Verkehr des Zollvereins und Preußens mit überseeischen Ländern nimmt einen sehr rapiden Aufschwung. Am anschaulichsten läßt sich die Steigerung des Verkehrs aus der Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Nordamerika erkennen. Vor dem Jahre 1846 war diese in der That unbedeutend. In dem genannten Jahre erreichte sie schon die Höhe von 3 Millionen Dollars; im Jahre 1849 von beinahe 8 Millionen, 1851 von 10 Millionen, in dem Jahre vom 1. Juli 1853 bis 1. Juli 1854 stieg sie sogar

bis auf 17 Millionen Dollars. Im Jahre 1854—55 betrug sie freilich nur 13 Millionen Dollars, aber nicht, weil eine Abnahme des Verkehrs eingetreten war, sondern weil der nordamerikanische Markt eine Uebersättigung deutscher Fabrikate in dem vorigen Jahre erhalten hatte.

Die preussische Depesche vom 3. Februar an den Gesandten in Wien, Grafen von Arnim, lautet wörtlich:

Berlin, 3. Februar. Meine Depesche vom 26. Januar befand sich bereits in den Händen Ew. Excellenz, als ich am 28. Januar von dem Grafen Esterhazy die beiliegende österreichische Depesche vom 25. Januar mitgetheilt erhielt. Das Inner dieses Schriftstückes, die Erklärung, welche Oesterreich dem Bundestage zu machen die Absicht hat, ist natürlich der Gegenstand unserer ersten Erwägung gewesen. Wenn das wiener Kabinet, ehe es dieselbe feststellte, sich mit uns in Einvernehmen gesetzt hätte, so würden wir vielleicht in der Lage gewesen sein, manche Abänderung als wünschenswerth zu bezeichnen und wir würden die Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, die Mittheilung an den Bundestag noch einige Zeit zu vertagen, von vornherein nicht haben negativ entscheiden können.

Diese Erwägung hat uns indessen nicht verhindert, der einmal beschlossenen Entscheidung des kaiserlichen Kabinetts nahe zu treten, mit dem aufrichtigen Wunsche, von dem wir so viele Beweise gegeben haben, daran einen Beschluß des Bundestages geknüpft zu sehen, der einen Beweis der Einigkeit Deutschlands und der zwei Großmächte gäbe, insofern dieser Beschluß sich mit der Würde und den wahren Interessen des deutschen Bundes vereinigen kann. Wir sind überzeugt, daß unsere deutschen Verbündeten, so wie wir, mit einer aufrichtigen Befriedigung anerkennen, daß die von den kriegsführenden Mächten angenommenen Präliminarien eine für einen neuen Frieden neu ererbte Grundlage bilden. Ich habe schon in meiner Depesche vom 26. Januar erklärt, daß Preußen in seiner Eigenschaft als europäische Macht bereit ist, diese Grundlage anzunehmen, zu deren Erlangung es die Ueberzeugung hat, im Interesse des europäischen Friedens da beigetragen zu haben, wo die Entscheidung eintreten mußte — ich sage, sie durch die Mitunterzeichnung der Präliminarien und seine Theilnahme an den sich daran knüpfenden Unterhandlungen, wenn es von den dabei interessirten Mächten dazu eingeladen wird, in der Weise anzunehmen, um sie nicht wieder verschoben und beeinträchtigen zu lassen.

Indem Preußen diese Stellung als europäische Macht einnimmt, erinnert es sich seiner Pflichten als deutsche Macht sowohl gegen den Gesamtbund wie gegen seine besondern deutschen Verbündeten. Es darf daher in Betreff der letzteren voraussetzen, daß auch sie geneigt sein werden, die durch das Einverständnis aller dabei betheiligten Mächte gewonnene Grundlage als die Bürgschaft eines neuen Friedens, der die Interessen Deutschlands wahr, anzuerkennen, und diese Grundlage in dem Maße zu unterstützen, als es ihnen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des deutschen Bundes möglich gemacht sein wird, sich ein vollkommen gegründetes Urtheil über die Punkte zu bilden, welche der Gegenstand abweichender Ansichten und Ansprüche werden und den Abschluß der Unterhandlungen verzögern oder selbst in Frage stellen könnten. Das kaiserliche Kabinet wird mit uns einsehen, daß eine geeignete Vertretung des Bundes selbst bei den Unterhandlungen ein diesem Zwecke besonders entsprechendes Mittel und demzufolge im allgemeinen Interesse wünschenswerth sein würde.

Der Gesandte des Königs beim Bundestage wird den Auftrag erhalten, sich im Sinne der vorstehenden Erörterungen im Schooße des Ausschusses auszusprechen, an welchen die Erklärung Oesterreichs zu überweisen Graf Rechberg vorschlagen wird, und wir hoffen mit Zuversicht, daß er so im Stande sein wird, zu einer baldigen Herbeiführung eines einstimmigen Beschlusses des Bundestages erfolgreich mitzuwirken.

v. Mantuffel. [Zur Tages-Chronik.] Des Königs Majestät hat die von der Familie von der Schulenburg in Ausübung des ihr verliehenen Präsentationsrechts getroffene Wahl genehmigt und demgemäß unter dem 12. d. Mts. den Landrath a. D. v. d. Schulenburg auf Prospekt Salzweil als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen. — Der Etat der Postverwaltung hat in dem diesjährigen Haushalts-Etat der Form und Zusammenstellung nach eine Aenderung insofern erfahren, als die Gesammthaltung und Zeitungs-Verwaltung, für welche pro 1855 besondere Spezial-Etats aufgestellt waren, jetzt ganz mit dem Post-Etat verschmolzen sind. Der Etat für 1855 veranschlagt eine Einnahme von rund 9,388,000 Thlr. (mit einem Mehr von 949,000 Thlr. gegen das Vorjahr), eine Ausgabe von rund 7,964,000 Thlr. (mit einem Mehr von 634,000 Thlr. gegen das Vorjahr), also einen Ueberschuß von im Ganzen 1,424,000 Thlr. (mit einem Mehr von 204,993 Thlr. gegen das Vorjahr). Davon treffen auf den Debit der Gesammthaltung 1200 Thlr., auf den Zeitungs-Debit 26,430 Thlr. und auf die Postverwaltung 267,333 Thlr. Dies Gesamt-Ergebnis, welches auf eine gesteigerte Regelmäßigkeit des gewerblichen Verkehrs hinweist, erscheint auch in Bezug auf das Verhältniß zwischen den Brutto-Einnahmen und dem nach Abzug der Betriebs- und Verwaltungskosten bleibenden Reinertrage als ein günstiges: denn während für 1855 bei einer Gesamtbrutto-Einnahme von rund 8,439,000 Thlr., die Betriebs- und Verwaltungskosten mit 7,310,000 Thlr. 86 1/2 pSt. der ersteren in Anspruch nahmen und mit 1,129,000 Thlr. nur einen Ueberschuß von 13 1/2 pSt. übrig ließen, werden jetzt von der Brutto-Einnahme durch die Ausgabe nur 85 pSt. abforbirt, und stellt sich der Ueberschuß sonach auf 15 pSt. der Brutto-Einnahme.

[27. Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 15. Februar.] Nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn v. Rosenbergs-Epinaki, der zu Konstantin wünscht, seine gestrige Rede habe nur bezweckt, seinen Schmerz darüber auszudrücken, daß er in der vorliegenden Frage nicht mit seinen politischen Freunden stimmen könne, so wie des Grafen Pfeil, der sein Bedauern darüber zu erkennen giebt, daß ihm gestern bei Gelegenheit des § 4, als er die ihm vertrauten polnischen Verhältnisse erwähnen wollte, mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität das Wort entzogen sei, geht das Haus zur Tagesordnung der Fortsetzung der gestrigen Debatte über.

Vom Abg. v. Fock ist ein Antrag eingelaufen, nach beendeter Spezialberatung den Gesetzentwurf an die Kommission zurückzugeben und der neuen Berathung einen von ihm angefertigten besonderen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Der Antrag wird unterstützt. § 6 wird angenommen. Derselbe bestimmt in Betreff der Kosten der Polizeiverwaltung für den Fall der Uebernahme durch den Staat nach § 2, daß dieselben jedenfalls in den dort unter Nr. 2 und 3 genannten Fällen von den Besitzern des berechneten Grundstückes zu tragen seien. Die §§ 7, 8, 9 handeln von den Fällen, wie es mit der Verwaltung der Polizei zu halten ist, wenn die Behörde an einer ordnungsmäßigen Verwaltung in der Person des Berechtigten liegt. Es wird bestimmt, daß der Berechtigte in solchen Fällen einen Stellvertreter zu bestellen hat.

Gegen § 7 nimmt Abg. Mathis das Wort. Die Verpflichtung des § sei eine sehr lästige und könne dazu führen, daß die Berechtigten sich den Placieren der Beamten ausgesetzt sähen. Er stimme gegen den § und nicht bloß gegen diesen, so wie gegen jeden §, da er überhaupt das Gesetz für ein unzweckmäßiges und schädliches halte.

Der Min. des Innern vertheidigt sich und die Regierung dagegen, daß dem Gesetze eine tendenziöse Absicht zu Grunde liege. Weit entfernt davon wolle die Regierung gerade den Einfluß der Inhaber von Gütern stärken, da sie hierin einen wichtigen Vortheil für den Staat erblickt. Uebrigens wünsche die Regierung, daß so wenig wie möglich von der Stellvertretung Gebrauch gemacht werde, in vielen Fällen würde eine solche aber notwendig gemacht werden, als der Dienst besodeter Beamten erweisen. § 7, 8, 9 werden angenommen. § 10 bestimmt, daß einem Gute, dem die Eigenschaft eines Nittergutes beilegt ist, auch die polizeibürgerliche Gewalt verliehen werden kann, über Grundstücke, die bisher zu einem anderen Verbands gehörten, wenn vorher eine gültige Einigung mit dem bisherigen Inhaber erfolgt ist.

Führt v. d. Horst bedauert als Westfale, daß das vorliegende Gesetz nicht auch auf Westfalen ausgedehnt werde. (Widerspruch der westfälischen Abgeordneten.)

Abg. v. Fockort: Er nehme den Handschuß an, den man Westfalen hingeworfen. Westfalen wolle keine ritterthümliche Polizei, da es die Segnungen derselben keine und sich bereits früher von ihr befreit. Der Schluß der Debatte wird herbeigeführt und § 10 angenommen. § 11 bestimmt das Verfahren bei Veränderungen der bestehenden Gemeinde- oder Gutsbezirke und setzt fest, daß eine Entschädigung für den ganzen oder theilweisen Verlust der polizeibürgerlichen Gewalt durch Schiedsrichter und nicht auf dem Rechtswege normirt werden soll. Die Schiedsrichter sind von den Betheiligten aus dem Kreistage zu wählen.

Abg. Krupka beantragt die letzten beiden Bestimmungen zu streichen. Der Min. des Innern erklärt sich gegen den Antrag. Derselbe wird bei Namenszählung mit 140 gegen 121 Stimmen verworfen. Die §§ 12, 13, 14 bringen den 28. Titel des Strafgesetzbuchs, der von Verbrechen und Vergehen im Amte handelt.

Graf v. Pfeil beantragt die Streichung dieser §§. Er als Nittergutsbesitzer habe selbst die Polizeigewalt in einer Weise gehandhabt, die ihn der

Abnung aussetzen würde. Er habe mehr Menschen einsperren lassen, die juristisch unschuldig waren; außerdem habe er einige mit Hieben bestraft, die sonst zu Zuchthaus würden verurtheilt worden sein. Der Redner nimmt für die Nittergutsbesitzer dieselbe Stelle ein, welche die englischen Friedensrichter haben, durch Gleichstellung mit Beamten werde der Stand der Nittergutsbesitzer erniedrigt. Das Ministerium werde sich den Dank des ganzen Landes erwerben, wenn es die Bestimmungen fallen lasse.

Abg. Wenzel: Er habe sich zum Worte gemeldet, um über die §§ zu sprechen: der Vorredner nöthige ihn aber, seine ganze Rede zu verändern. Er achte die Redefreiheit der Tribüne, aber er finde es unerhört, daß ein Abgeordneter sie dazu mißbrauche, sich solcher Verbrechen zu rühmen, auf welche das Gesetz eine Zuchthausstrafe setze. Er hoffe, der Vorredner werde den Muth haben, solche Aeußerungen auch außer dem Hause zu wiederholen, und er hoffe, die Staatsanwaltschaft werde dann ihre Schuldigkeit thun. (Bravo auf der Linken, Widerspruch auf der Rechten.) Dahin also wolle man kommen, es sei also klar ausgesprochen, daß man eine Obrigkeit schaffen wolle, die über dem Gesetze stehe. (Widerspruch.) Ja das wolle man, man werde auch die Preische wohl wieder erlangen, aber denen, die mit Gewalt die Anrecht auf einzuführen streben, werde der einst der Ruch der Nachwelt folgen. (Beifall, Widerspruch.) Die §§ selbst findet der Redner so wie das ganze Gesetz unzureichend und unzweckmäßig.

Der Min. des Innern vertheidigt dieselben. Die Ansicht, welche der Graf Pfeil hier aufgestellt, müsse er Namens der Regierung reprobieren. (Hört! hört! von der Rechten.) Auch die Nittergutsbesitzer müßten in einer amtlichen Stellung Disziplinarstrafen unterworfen sein.

v. Gerlach: Obgleich er dieselbe amtliche Stellung einnehme, wie der Abg. Wenzel, so könne er doch dessen edlen Zorn, der ihn an den Abg. v. Morawski erinnere, nicht theilen, ebenso wenig aber die etwas zu weit gehenden Ansichten des Gr. Pfeil. Uebrigens scheine der letztere mißverstanden zu sein, er habe für die gutsherrliche Polizei eine Disziplin beansprucht, die allerdings angemessen sei, aber doch ihre Schranken haben müsse. Diese Schranken scheine der Graf Pfeil zu weit gezogen zu haben, wenn er einen juristisch Unschuldigen mit Gefängnis bestraft und einen anderen Spießruthen laufen lasse. Die §§ 12—14 seien geeignet, etwaigen Mißbräuchen der obrigkeitlichen Gewalt zu begegnen. Wenn übrigens Jemand gegen diese §§ Bedenken habe, so dürfe er deswegen nicht das Gesetz, das so wesentlich konservativ sei, verworfen.

Abg. Lette spricht gegen die §§ und den Grafen Pfeil.

Abg. Wagners spricht im Namen und im Auftrag seiner Freunde es aus, daß diese die Ansichten des Grafen Pfeil entschieden mißbilligen und dagegen protestieren, wenn man sie als ihre Ansichten ansehe. Auch sie wollten das obrigkeitliche Amt nach Pflicht, Ehre und Gewissen verwalten, aber sich streng an die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften binden. (Bravo!)

Graf Pfeil zu einer persönlichen Bemerkung: Er müsse dem Abgeordneten Wenzel bemerken, daß er von einem nur juristisch Unschuldigen, aber nicht von einem wirklich Unschuldigen gesprochen. Es sei ein Aufrechter an der Spitze einer Bande gewesen. Außerdem habe er Jemanden nicht demüthigt, der ihm Pferdefleisch gestohlen, weil er mit Zuchthaus bis 5 Jahr hätte bestraft werden können.

Abg. Wenzel: Es habe ihn zwar gefreut, daß der jüngere Abgeordnete für Neu-Stettin die Ansichten des Grafen Pfeil unter dem Beifall der rechten Seite desavouirt habe. Ähnliches sei aber auch in der ersten Kammer geschehen, als der Abg. v. Gerlach dort seine Ansichten entwickelt und jetzt hätten diese die Majorität. Dasselbe könne einst mit den Ansichten des Gr. Pfeil der Fall sein.

Die §§ 12—19 werden angenommen. Gegen § 20, der die Anwendung des Konfliktgesetzes vom 13. Febr. 1854 auf die Inhaber der polizeibürgerlichen Gewalt auspricht, opponieren v. Patow und Wenzel.

Der Min. des Innern findet in § 20 eine neue Garantie für die gesetzliche Verwaltung der Polizei. § 20 wird angenommen.

§ 21 bestimmt: Die Schulzen und Schöppen, ingleichen die Stellvertreter nicht qualifizirter Lehn- oder Erbschulzen werden von dem Inhaber der Orts-Obrigkeit nach Anhörung der Gemeinde ernannt und durch den Landrath bestätigt.

v. Prittwitz (Oblau) beantragt, die Worte „nach Anhörung der Gemeinde“ zu streichen. In guten Gemeinden werde die Obrigkeit ohnedies die Wünsche der Gemeinden berücksichtigen, in schlechten dagegen, wo man unruhige Menschen vorschlägt, dürfe sie es nicht, und die Anhörung der Gemeinde erwecke also nur Unzufriedenheit.

v. Graevenitz (Ebing) empfiehlt die Ablehnung des Amendements, da in vielen Gemeinden das Wahlrecht herkömmlich bestehe.

Abg. Lette: Man gehe jetzt bereits so weit, die Gemeinden selbst nicht einmal mehr anhören zu wollen. Die Rückströmung sei demnach schon bedeutend vorgeschritten. Nach dem alten deutschen Recht seien die Gemeinden frei gewesen und im Besitze der Wahl, aber die Herren v. Gerlach amendierten das jus teutonicum, daß sie immer im Munde führten, dahin, daß weder das eine noch das Andere mehr bei den Gemeinden der Fall sei.

Der Min. des Innern vertheidigt die Zweckmäßigkeit des Zusatzes „nach Anhörung der Gemeinde.“

v. Gerlach empfiehlt ein Amendement in § 21 zwischen dem Worte „werden und ernannt einzuschalten“, in der Regel sofern nicht andere Observanzen und Rechtsnormen feststehen.“ Man dürfe den Gemeinden eben so wenig das Wahlrecht, wo sie es besäßen, entziehen, als den Gutsherren ihre obrigkeitliche Gewalt. Wenn er die Nittergutsbesitzer als „kleine Herren“ und die Nittergüter als „kleine Monarchien“ bezeichnet habe, so könne man die Gemeinden als „kleine Republiken“ bezeichnen und auch diese müßten konservirt und ihre Rechtsverhältnisse nicht ohne Noth geändert werden.

Das vom Abg. v. Gerlach empfohlene Amendement erhält die Majorität.

Die §§ 22—25 werden angenommen, es sind damit die §§ des Gesetzes erledigt. Zum Schluß vertheidigt der Abg. v. Fock sein Amendement. Der Min. des Innern erklärt sich dagegen. Der Antrag wird abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Ländliche Gemeinde-Ordnung für die 6 östlichen Provinzen.

Österreich.

Wien, 15. Februar. Se entschiedenere Fortschritte in hiesigen maßgebenden Kreisen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich machen, desto größer zeigt sich neuerdings wieder die Abneigung gegen England, ohne daß hierfür eine spezielle Veranlassung bekannt wäre. Während man den französischen Zuständen und der Stellung des Kaisers der Franzosen die freundlichste Anerkennung zu Theil werden läßt, ist man geneigt, dem politischen Zerfalls-Process in England ein sehr trübes Prognostikon zu stellen und hält dort große Krisen in nächster Zeit für unvermeidlich. Insbesondere ist man bemüht, den Einfluß Englands auf die kontinentalen Machtverhältnisse für ganz gesunken zu erklären und hofft davon viel Ersprießliches für die nächste Zukunft. Wenn man die Sache näher ins Auge faßt, so wird man in diesem Verhalten ohne Zweifel das Bestreben erblicken, für die Konsolidirung der europäischen Großmächte neue Anhaltspunkte zu gewinnen, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir mittheilen, daß das wiener Kabinet durch seine Vertretung bei den pariser Konferenzen dahin zu wirken suchen wird, zwischen Oesterreich und Frankreich ein dauerndes Freundschaftsbündnis zum Abschlusse zu bringen, das nach dem eventuellen Friedensschlusse in die Gruppierung der Großmächte eine neue Gestaltung bringen dürfte. Auf eine Revision der wiener Verträge einzugehen, ist man deshalb hier nicht abgeneigt und es verlautet, daß Graf Buol von seinem Kaiser die Ermächtigung besitze, seine Anwesenheit in Paris zu diesem Zweck zu benutzen, doch bleibt es jedenfalls gewiß, daß sich die gegenwärtige pariser Konferenz hiermit nicht beschäftigen wird, sondern daß der beabsichtigte Kongreß einem anderen Zeitpunkt und Orte der Berathung vorbehalten bleibt.

Wien. [Zur Tages-Chronik.] Sämmtliche Bischöfe der österr. Monarchie werden sich am 2. Sonntage nach Ostern hier versammeln, um die gemeinsamen Verathungen über die Durchführung des Konkordates zu beginnen. — Der Statthalter von Niederösterreich, Dr. Emminger, ist als Ritter des Ordens der eisernen Krone in den Freiherrnstand erhoben worden. — Dem Bernehmen nach ist Hr. Theodor Kornböck provisorisch mit der Direction der österr. Kreditanstalt betraut worden. — Man spricht hier von der beabsichtigten Restaurirung der wiener Bürgerkorps, und zwar sollen deren zwei, eines zu Fuß und eines zu Pferde errichtet werden. Die bürgerliche Artillerie wird jedoch nicht wieder restaurirt werden. — Für den durch den Tod des Landgrafen Fürstenberg erledigten Posten eines k. k. Postkommissars soll der gegenwärtig in Dresden weilende k. k. Gesandte Graf v. Kuefstein designirt sein. — Baron v. Sandt, k. k. österr. Gesandter am württembergischen Hofe, wird am 16. von hier auf seinen Posten nach Stuttgart zurückreisen. — Der k. preussische Oberst Baron Mantuffel wurde am 14.

von St. Majestät in einer längeren Audienz empfangen. Die Abreise des Herrn Obersten nach Berlin wird, wie wir bereits gemeldet, im Laufe der nächsten Woche erfolgen. — Am 14. ist von hier der k. schwedische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Wandenstjern, abgereist. Derselbe soll für den Gesandtschaftsposten in Paris bestimmt sein. — Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Parrot, welcher der Leidenfieber des Marzalls Fürsten Pastewitsch in Warschau beigegeben hatte, ist von dort wieder hier eingetroffen und geht am 16. nach Göttingen ab. — Hr. Baron Koller, früher k. k. Gesandter in Hannover, tritt im Laufe der nächsten Woche eine Reise nach Hannover an. — Se. Excellenz Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Kempfen, der in den letzten Wochen an einem katarthallischen Leiden erkrankt war, befindet sich bereits auf dem Wege einer erfreulichen, fortschreitenden Besserung. — Se. k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht wird im Laufe der nächsten Woche nach Wien zurückkehren. — Das von Winterhalter gemalte Bild: „Die Kaiserin Eugenie und ihre Hofdamen“ wird im Monate März von Paris hier eintreffen und mit Erlaubnis der Kaiserin durch den österreichischen Kunstverein ausgestellt werden. — Frau Ida Pfeiffer ist am 14. mit dem Abendzuge der Nordbahn über Prag und Dresden, in welchen Städten sie einige Tage zu verweilen gedenkt, nach Berlin abgereist, wohin sie von der dortigen geographischen Gesellschaft geladen wurde. Von dort zurückgekehrt, wird sie über Triest ihre dritte Weltreise antreten.

Russland.

Nachrichten aus Warschau vom 13. d. M. zufolge ist der Fürst Michael Gortschakoff, General-Adjutant des Kaisers, Kommandeur der West- und Mittel-Armee, nunmehriger kaiserlicher Statthalter des Königreichs Polen, aus Petersburg in Warschau angekommen.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. Graf Buol wird mit seinem Gefolge das Hotel de la Terrasse in der Rue Rivoli bewohnen. Graf Caspary wird, wie Lord Clarendon, im Hotel du Louvre absteigen, und Ali Pascha im türkischen Gesandtschafts-Hotel wohnen. Wie man ferner erfährt, finden die Konferenzen im Salon der Gesandten im Ministerium des Aeußeren statt. Dieser Salon liegt neben dem Arbeits-Zimmer des Grafen Bismarck. Was die Friedensunterhandlungen selbst betrifft, so sollen dieselben schon sehr weit vorgeschritten sein. Es scheint, daß man sich dabei des Telegraphen bediente, der in der letzten Zeit von Regierungs-Depeschen stark in Anspruch genommen war. Die Patrie glaubt, daß die Unterhandlungen nächsten Montag beginnen werden. Das halböffentliche Blatt ist ebenfalls der Ansicht, daß die Unterhandlungen sehr rasch vorwärts schreiten werden und daß der Abschluß des Friedens bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers angelündigt werden kann. — Herr v. Brunnow hat heute dem Grafen Bismarck einen Privatbesuch gemacht, wird aber vom Kaiser nicht vor Ankunft der anderen Bevollmächtigten empfangen werden. Eine telegraphische Depesche aus Konstantinopel meldet, daß Ali Pascha Stambul am 8. d. M. verlassen habe. Er schiffte sich auf dem Ajaccio ein, und der Präsident des Sanjats wird während seiner Abwesenheit als interimistischer Großvezier fungieren. Man glaubt hier mit erneuter Zuversicht an den Frieden, und wir erfahren, daß Napoleon III. zu einem hohen Staatsbeamten kürzlich gesagt habe; bis zur Eröffnung der Kammern werde Alles zu Ende und der Friede unterzeichnet sein. — Heute versammelte sich der Ministerrat unter dem Vorsteher des Kaisers in den Tuileries und saß bis Mittag. — Die Kaufleute, welche aus den Provinzen kommen, um für die Frühjahrssaison ihre Einkäufe zu machen, haben sich diesmal bei weitem zahlreicher, als es sonst der Fall ist, eingefunden. Alle Hotels sind überfüllt. Es hat in den Tuileries Heiterkeit erzeugt, als die Fleischer bei Gelegenheit der Präsentation des Fastnachts-Dischen zuerst Vive Napoleon III. und dann, auf die Kaiserin deutend, noch Vive Napoleon IV. riefen. — Das Projekt der Pyrenäen-Eisenbahn befindet sich in diesem Augenblicke beim Staatsrathe, und die betreffende Konzession wird sehr bald erteilt werden (an die Gesellschaft der Midi und der Grand-Central). — Der Gerant des Avenir wurde zu drei Monaten Gefängnisstrafe und zu 100 Frs. Geldbuße verurtheilt wegen aufrührerischer Ausrufe und wird nun noch wegen Preßvergehen vor Gericht erscheinen müssen. (R. 3.)

Großbritannien.

E. C. London, 13. Febr. Die Königin hielt gestern Nachmittag Hof im Buckingham-Palast und gab mehrere Audienzen. Baron von Hohenhausen, der schwedische Gesandte, und Graf Charles Björnström, schwedischer Hof-Kammerer, hatten zuerst diese Ehre; dann hatte der edelwärdige John Duncan Blyth, außerordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter in Hannover, und nach ihm Lord Clarendon eine Audienz. Die Königin und Prinz Albert stateten im Laufe des Nachmittags einen Besuch bei der Herzogin von Gloucester ab.

Die Erhebung des General-Lieutenants Sir John Fox Burgoyne zum Reichsbaronet ist in der neuesten „Gazette“ offiziell angezeigt. Nach einem On dit im „Herald“ ist, in Folge der Wahrscheinlichkeit des Friedens, den Flotten-Offizieren, die nicht auf Halbsold gesetzt sind, befohlen worden, ihre Schnurbärte wegzurufen. Die „steife Kravatte“ für die Infanterie wäre ein noch gewisseres Friedenszeichen.

Portsmouth gleicht jetzt einer Stadt, die von der See aus belagert wird, und deren Besatzung Anstalten zu einer langen Verteidigung trifft. Auf der Rhede ankert eine zahlreiche Flotte von Kriegsschiffen und Kanonenbooten; im nördlichen Theile der Stadt hat man, beabsichtigt eines neuen Kasernenbaues, das Theater und eine Reihe von Wohnhäusern eingerissen, und im Süden wird eine schwere Batterie von sechs- und achtzölligen Drehkanonen errichtet, hinter der sich ein Bombenmagazin erhebt, befestigt durch einen hohen Erdwall. Auch zum Schutz von Southsea ist ein Erdwerk gebaut und die einfache Zugbrücke beim „Point“ durch eine doppelte ersetzt worden. Ueberall steigen neue Batterien und Schanzen aus der Erde, und wenn es wahr ist, daß — wie es in militärischen Kreisen heißt — ganz Green-row angekauft und in eine Kasernenreihe für 30,000 Mann verwandelt werden soll, so wird die Stadt bald nichts als Citadelle sein. — Gestern kamen in Portsmouth 8 Offiziere und 66 Mann von dem an der Küste Südländs gescheiterten Kriegsdampfer „Polyphemus“ an, um die kriegsgerichtliche Untersuchung abzuwarten. Alle sprechen mit Bewunderung von der Geistesgegenwart, die der Kommandeur Warren während des Schiffbruchs gezeigt hat.

In Woolwich wurden am Montag mit einer von Mr. Stevens erfundenen neuen Bombengattung Versuche angestellt. Man feuerte mehrere Bomben, deren Flug durch ein in die Bohrung passendes und am Geschoss befestigtes Stück Holz beschleunigt werden sollte, aus einem Geschütz ab; der Schuß zerplieterte das Holz und die Bomben flogen nur 200 Schritte weit. Die Erfindung scheint demnach verfehlt. Die gestern veröffentlichten nachträglichen Zeugamt-Voranträge für 1855—56 belaufen sich auf 1,346,023 Pfd. Sterl., nämlich 294,154 Pfd. Sterl. für die Kasernenbedürfnisse, 62,316 Pfd. Sterl. für Sold, 987,185 Pfd. Sterl. auf Vorräthe und 2368 Pfd. Sterl. für die wissenschaftliche Branche.

Nach dem gestern dem Parlament vorgelegten Ausweis über das türkische Anlehen hat die Bank vom 25. August 1855 bis 6. Februar dieses Jahres 1,891,919 Pfd. Sterl. theils direkt der Pforte überwiesen, theils für sie ausgeliegt; 100,000 Pfd. Sterl. in Sovereigns wurden bei elf verschiedenen Gelegenheiten dem Kriegsdepartement zur Verschiffung übergeben, also in Summa 1,100,000 Pfd. Sterl.; 150,000 Pfd. Sterl. auf den Ankauf von Dampfern und Kohlen ver-

wendet, 283,169 Pfd. Sterl. dem Hause Rothschild für zwei von der Pforte gezogene Wechsel, und 200,000 Pfd. Sterl. für einen Wechsel ausgezahlt; 23,000 Pfd. Sterl. erhielt die „Africa Steam Company“ für den Dampfer „Faith“; 13,250 Pfd. Sterl. erhielten die Testaments-Vollstrecker von D. W. Witton für gelieferte Karabiner, und 2500 Pfd. Sterl. die Bank für Verwaltung der Anleihe.

Man spricht von einer neuen, in Konstantinopel zu gründenden Bank mit einem Kapital von 500,000 Pfd. Sterl. in zwanzig Aktien, unter dem Titel „The Ottoman Bank.“ Unter den Mitgliedern wären die meisten Londoner Banquiers, zum Präsidenten des Direktoriums soll Mr. Lazard, Parlamentsmitglied, erlesen sein.

Die vierteljährliche Indigo-Auktion hat gestern mit 9013 Kisten begonnen. Käufer hatten sich zahlreich eingefunden und Preise waren mehr als fest. Kurpah, middling bis good realisierte eine Avance von 9—10 d. pr. Pfd.; eine kleine Partie Bengal stieg um 10 d. 1 s.; Dade, low um 8 d. Alle Sorten waren gut begehrt.

London, 13. Februar. [Die Politik der fünf Punkte.] Lord Cowley ist hier, um in Gemeinschaft mit dem Grafen Clarendon seine Instruktionen für die pariser Berathungen entgegenzunehmen. So viel man hört, ist es die Absicht, die Bevollmächtigten anzuweisen, daß sie auf den Konferenzen die friedlichste Stimmung zur Schau tragen. England will das auf dem Festlande verbreitete Gerücht widerlegen, als ob es mit skeptischen und hinterhältigen Gedanken an das Werk der Versöhnung gehe; es will sich vielmehr der Waffe bemächtigen, welche bisher seinen kontinentalen Freunden und Feinden gehörte, es will, an die Forderungen der öffentlichen Meinung appellierend, mit Hilfe des „allgemeinen Wunsches nach einem Abschluß der Unficherheit“ auf die Negotiationen drücken. Wird dieser Plan ausgeführt, so darf man sich durch die Haltung der englischen Diplomaten nicht täuschen lassen. Bei jeder Diskussion, die von dieser oder jener Seite erhoben werden möchte, zur Eile drängen, weil die Stimmung Europas ein schnelles Ende verlange, bei jedem Einwurfe sich darüber beklagen, daß ein unnötiger Verzug angestrebt werde, bei jeder verführten Wälderung behaupten, daß Europa um die Früchte seiner Erhebung verkürzt werden solle, — solch ein Verfahren kann eben so leicht Erbitterung und Zornwuth zur Folge haben, als das hartnäckigste Deuteln an speziellen Punkten. Die englischen Bevollmächtigten werden, wie es heißt, bei der definitiven Feststellung der Friedenspräliminarien keine großen Schwierigkeiten machen; sie würden ja nur unklugerweise sofort die entschiedene Opposition des französischen Allirten hervorrufen, denn Kaiser Napoleon ist fest entschlossen, zu verhindern, daß die Konferenzen nicht schon im ersten Stadium zum Scheitern gebracht werden; sie werden sich daher keine große Mühe geben, den fünften Punkt schon während der Redaktion der Präliminarien der Unbestimmtheit zu entreißen, in der er bisher gehalten ist. Aber sie werden bei der schließlichen Bepreßung der Artikel jene Präzision, welche allein die „Dauerhaftigkeit des Friedens“ verbürgen könne, fordern; sie werden, die Aufrichtigkeit Englands stets im Munde führend, die Aufrichtigkeit Russlands auf die Probe stellen, indem sie verlangen, daß Russland nicht zucke noch zaudere und keinen Schritt breit von den Konzessionen, die es gemacht, zurückzuweichen trachte. Die Engländer werden, immer die Nothwendigkeit des baldigen Friedens in den Vordergrund stellend, die Debatten auf ein einfaches Ja oder Nein zu beschränken suchen.

Diese Strategie wäre recht schön und fein, wenn nur die Propositionen selber präzis gefaßt wären, oder wenn sie nur eine Präzision gestatteten. Sie sind jedoch so redigirt, daß fast bei jedem Worte Ausstellungen gemacht werden können, ohne sogleich wider den, der sie macht, den Vorwurf des unnötigen Verzuges herabzurufen. Die Berathungen werden natürlich mit dem ersten Punkte beginnen. Was soll man sich da bei dem Sage denken, daß die Donaufürstenthümer eine Organisation erhalten werden, conforme à leurs vœux, à leurs besoins, à leurs intérêts? Wer hat bisher die „Wünsche“ der Donaufürstenthümer konstatiert? Sind in einem einzigen der Aktenstücke, welche seit dem Beginn des europäischen Konfliktes das Licht der Welt erblickten, die Bedürfnisse und Interessen der Donaufürstenthümer gewissenhaft erörtert worden? Die Wünsche jener Territorien an die Spitze stellen, heißt ein ganz neues, schwer definirbares Element in den diplomatischen Streit mischen, heißt der Lösung der Frage eine gar zu allgemeine und lockere Grundlage geben. Es ist wahr, schon die wiener Konferenzen des vergangenen Jahres nahmen die „Wünsche“ der Donaufürstenthümer in ihre Stipulationsversuche auf; aber sie lockerten den Boden doch nicht vollständig, da sie festsetzten, daß der Sultan die alten Privilegien der Donauländer beibehalten solle. Von diesen alten Immunitäten ist in den Propositionen keine Spur mehr vorhanden, im Gegentheil, der erste Punkt sagt offen heraus, daß die Verfassung der Fürstenthümer eine „nouvelle organisation“ sein werde. Nun heißt es zwar weiter, daß „die Bevölkerung der Fürstenthümer sera elle-même consultée“ in Betreff jener Organisation; doch das macht die Sache nur noch schwieriger. Denn wo besteht das Organ, durch welches die Bevölkerung sprechen kann? Und soll sie konsultirt werden, während eine fremde Occupationsarmee im Lande steht?

Kein Staat, sagt der Artikel ferner, soll die Macht haben, unter irgend einen Vorwand, unter irgend einer Form von Protektorat, sich in Fragen der innern Verwaltung der Fürstenthümer zu mischen. Kein Staat? Also auch die Türkei nicht? Die Suzeränität der Pforte scheint mit dem „Protektorat von irgend einer Form“ gemeint zu sein. Daß dies der Sinn ist, geht aus den nächsten Worten hervor, wonach Niemand — also auch die Pforte nicht — das Recht besitzen solle, die Donaufürstenthümer an der Befestigung ihres Territoriums im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, „comme elles l'entendent“, zu hindern. Wird es dem Sultan gefallen, daß ihm ein so gut wie unabhängiger Staat mit einer selbstständigen Armee, mit einem selbstständigen Festungsbesitz, an die Donau gesetzt wird?

Doch, wir haben oben der Diplomatie Unrecht gethan, wenn wir behaupteten, daß sie seit den letzten Jahren kein einziges Aktenstück hervorgebracht habe, welches die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Donaufürstenthümer aufrichtig erörtert. Ja, es giebt ein solches Aktenstück, und wir dürfen sogar dreißig hinzufügen, daß dies Dokument den Schlüssel zu der merkwürdigen Fassung des ersten Artikels liefere. Wir meinen die Denkschrift, welche Baron Bourqueney am 26. März vorigen Jahres in einer etwas formlosen Weise der wiener Konferenz mittheilte. Hier wird allerdings von dem Wunsche, von dem beständigen Verlangen der Donaufürstenthümer gesprochen, welches auf die Vereinigung der beiden Territorien in eine einzige nationale Gesamtheit hinführe, hier wird von dem Bedürfnisse und Interesse dieser Ländererben geredet, welches erfordere, daß der geeinigten Donaufürstenthümer eine starke, dauerhafte, erbliche Regierung unter einem europäischen Prinzen erhalte. Damals protestirten noch Lord John Russell und Arisff Offenbar gegen die Ueberrumpelung, welche ihnen so plötzlich das französische Projekt in das Portefeuille schob; jetzt scheint das pariser Kabinet den Zeitpunkt für günstiger zu halten, um seinem vorjährigen Plan Eingang zu verschaffen. Nur wenn man das Memorandum Bourqueney's im Gedächtnisse hat, wird man die „neue Or-

ganisation“, das „definitive und permanente System“, welches die erste Proposition der „geographischen Lage der Donaufürstenthümer angepaßt“ wissen will, verständlich finden. Doch es fragt sich, ob nicht selbst wenn alle kontrahirenden Mächte mit Einschluß der Türkei der Konstitution der Donaufürstenthümer zu einem thatsächlich selbstständigen Staate beistimmen, die Auswahl des „europäischen Prinzen“ einen neuen Zankapfel unter die Diplomaten werfen wird.

Wenn nun alle diese Anstände überwunden sind, so folgt alsbald der echte Stein des Anstoßes, der mit Absicht in den ersten Artikel eingeschoben ist, obwohl er eben so gut am Schluß des zweiten stehen könnte — die Abtretung des Territoriums in Bessarabien. Und hier erlauben Sie mir, auf eine Bemerkung Nachdruck zu legen, die obwohl sie für den Charakter der Propositionen entscheidend ist, bisher von keinem Blatte gemacht worden. Die neue Grenze nämlich, welche in der ersten Proposition dem russischen Reich diktiert ist, hebt den zweiten Artikel vollständig auf, macht den zweiten Artikel zu einem Pleonasmus, der nur noch durch einen auffallenden Widerspruch innerhalb der Propositionen eine Stelle finden konnte. Diese Grenze nämlich sperrt Russland von der Donau ab, entleert Russland seines Charakters, ein Uferstaat der Donau zu sein, löst also bereits die Frage über die Freiheit der Donauschiffahrt gegen russische Hemmnisse in der radikalsten Weise, so radikal, daß man nicht begreift, wie der zweite Artikel noch spezielle Garantien für jene Freiheit der Schifffahrt wider russische Uebergriffe fordern kann. Während die Grenzregulirung des ersten Artikels Russland von der Donau und von der Verfügung über die Donauschiffahrt abschneidet, behandelt der zweite Artikel Russland noch als einen Uferstaat, mit dem in Betreff des Flusses verhandelt werden müsse. Kann es einen schlagenderen Beweis geben, daß der Grenzregulirungs-Paragraphe erst nachträglich, und im Widerspruch gegen die Meinung des französischen Verfassers der Propositionen in dieselben eingeschoben wurde? Und werden die russischen Diplomaten nicht versuchen, diesen Widerspruch auszubuten?

Wir haben, denken wir, für heute genug geschrieben, um nachzuweisen, daß es den englischen Bevollmächtigten schwer werden wird, den Inhalt der Propositionen in aller Geschwindigkeit auf Formeln zu reduzieren, denen mit einem einfachen Ja oder Nein geantwortet werden kann.

[Parlaments-Berhandlungen vom 12. Febr.] Oberhaus-Sitzung. Auf Antrag Lord Lyndhurst's konstituirte sich das Haus als Privilegien-Ausschuß, um über die neu creirte Peerwürde auf Lebenszeit zu berathen. Der Antragsteller erklärte, er werde seine früher entwickelte Ansicht, daß es nicht statthaft sei, in Bezug auf die Peerwürde von dem Prinzip der Erbllichkeit abzugehen, durch eine Anzahl von Präcedenzfällen erhärten. Er schlägt zu diesem Zwecke vor, Zeugen vor die Barre des Hauses vorzuladen, und durch sie die betreffenden Urkunden vorlesen zu lassen, welche dann später zum Gebrauche des Ausschusses, so wie der Mitglieder des Unterhauses, zu übersehen und dem Drucke zu übergeben seien. Der erste Zeuge, dessen Vernehmung er beantragt, ist der Archivar des Tower, Herr Sharpe. Dieser wird sofort vorgeladen und erscheint. Die beiden ersten Urkunden, welche er vorlegt, sind die Ernennungspatente zweier Peers auf Lebenszeit aus den Zeiten Richards II., nämlich Guisard D'Angle's, der zum Earl von Huntingdon, und De Vere's, Earls von Oxford, der zum Marquis und später zum Herzog von Dublin ernannt wurde. Das Pergament, auf welchem die Ernennung des Earl von Huntingdon eingetragen war, trug in so hohem Grade die Spuren des Alters an sich, daß es mit dem Vorlesen desselben nur langsam und mühselig vorwärts ging, und daß Herr Sharpe, auf die Aufforderung der Peers, statt aus dem Original, aus der gedruckten Urkunde vorlas. Der Lord-Kanzler bemerkt, es sei nicht Brauch, derartige Dokumente vollständig zu verlesen; vielmehr genüge die Vorlesung derselben. Grey bemerkt: Den lateinischen Text dieser alten Patente, die sämtlich unter Autorisation des Staates gedruckt, Jedermann bekannt und leicht zugänglich seien, zu verlesen, sei eine bloße Zeitverschwendung. Er schlägt vor, einen in derartigen Dingen bewanderten Mann zu ernennen, um Lord Lyndhurst bei Auswahl der für den vorliegenden Zweck geeigneten Auszüge zu unterstützen. Wenn diese Auszüge dann gedruckt und dem Hause vorgelegt seien, könne Lord Lyndhurst eine bestimmte Resolution auf sie gründen. Greys Vorschlag wird sogleich angenommen, und Lord Brougham und Lord Campbell erklären sich bereit, Lord Lyndhurst bei der Auswahl der betreffenden Dokumente zu unterstützen. Lord Lyndhurst schlägt vor, daß der Ausschuss sich bis auf nächsten Montag vertage. Der Ausschuss vertagt sich hierauf bis Montag 2 Uhr, um welche Zeit die Dokumente zur Vorlage bereit sein sollen.

Unterhaus-Sitzung. Lazard: Ich wünsche an den edlen Lord an der Spitze der Regierung Ihrer Majestät eine Frage zu richten. Wenn es ihm aber unangelegen ist, dieselbe sofort zu beantworten, so will ich sie am Donnerstag wiederholen. Dem Vernehmen nach werden in Konstantinopel Konferenzen zur Erledigung gemisser, die Rechte der christlichen Unterthanen der Pforte betreffender Fragen, so wie zur Reorganisation der Donaufürstenthümer abgehalten. Es heißt ferner, der Vertreter der sardinischen Regierung sei von diesen Konferenzen ausgeschlossen worden, und habe in Folge davon protestirt. Ich möchte nun den edlen Lord fragen, ob der sardinische Gesandte wirklich von jenen Konferenzen ausgeschlossen worden ist, und, wenn dies der Fall, aus welchen Gründen. Lord Palmerston: Es war zwischen den Regierungen Frankreichs, Englands, Oesterreichs und der Türkei verabredet worden, daß die Vertreter der drei ersterwähnten Mächte in Konstantinopel zusammenkommen sollten, um in Gemeinschaft mit der türkischen Regierung die Fragen zu berathen, auf welche der vierte und fünfte Punkt Bezug nehmen, nämlich die von dem Sultan zu Gunsten seiner christlichen Unterthanen und hinsichtlich der Donaufürstenthümer zu treffenden Maßregeln. Mit der sardinischen Regierung ward über diese Angelegenheiten keine Rücksprache genommen. Sie standen in keiner Verbindung mit dem Friedensvertrage, sondern sollten womöglich als für sich allein dastehende Fragen, keineswegs aber als ein Theil des aus jenem Vertrage hervor gehenden Arrangements, durch die Autorität des Sultans erledigt werden. Der sardinische Geschäftsträger verlangte zu den Konferenzen zugelassen zu werden. Die Gesandten Englands und Frankreichs hatten keine Instruktionen in Bezug auf diesen Gegenstand. Sie schrieben an ihre Regierungen, um Instruktionen einzuholen, und mittlerweile wohnte der sardinische Gesandte den Berathungen nicht bei. Die Thätigkeit der Konferenzen hat sich bis jetzt auf Fragen beschränkt, die mit dem vierten Punkte zusammenhängen, nämlich auf die zum Schutze der Rechte und Privilegien der nicht-muselmännischen Unterthanen der Pforte zu ergreifenden Maßregeln. — Napier beantragt folgende Resolution: „Als eine Maßregel der administrativen Reform ist ein zweckmäßiges und verantwortliches Departement der öffentlichen Rechtspflege zu gründen, um die geschickte Ausarbeitung und geeignete Fassung der parlamentarischen Gesetzentwürfe zu sichern, und die fortschreitende Verbesserung der Gesetze des vereinigten Königreichs zu fördern.“ Zuerst macht der Redner auf die Größe des vorhandenen Uebels, nämlich auf den Zustand der englischen Gesetzgebung aufmerksam, welcher eine Schmach für ein civilisirtes Land sei, indem drei verschiedene Rechtssysteme zu gleicher Zeit neben einander beständen. Sodann macht er auf die erfolgreichen Bestrebungen anderer Nationen, ihre Gesetze zu kodifizieren, aufmerksam und auf die Bestrebungen der englischen Rechtsreformer von den Zeiten Lord Bacon's an, das Statutenbuch von veralteten Akten zu befreien, die bestehenden Gesetze zu konsolidieren und zu vereinfachen, und die gesetzgeberische Thätigkeit des Parlaments zu verbessern. Um den gegenwärtig obwaltenden Mängeln abzuwehren, sei die Stiftung eines besonderen Departements nöthig, an dessen Spitze ein fähiger und aufgeklärter Mann von großem Ansehen stehe, welcher eine Anzahl tüchtiger Gehilfen zur Verfügung habe und dessen Pflicht es sein würde, über den Gang der Gesetzgebung zu wachen, und auf die Redaction der Gesetzentwürfe Acht zu haben. Ein solcher Vorschlag sei von Lord Bacon und nach ihm von Lord Brougham, Lord Lyndhurst und den Statute Law Commissioners gemacht worden. Lord Palmerston bemerkt, die Frage sei ohne Zweifel von der höchsten Wichtigkeit; doch glaube er, daß Mangel, dem die Ernennung eines Justiz-Ministers zweckmäßig erscheine, sich wohl nicht recht klar darüber geworden sei, worin eigentlich die Funktionen eines solchen Ministers bestehen würden. Die Sache sei gar nicht so einfach, wie sie aussehe, und verdiene reiflich erwogen zu werden, ehe das Haus die Resolution annehme. Eine der Aufgaben des neuen Ministers würde die sein, die gesetzgebende Thätigkeit des Hauses zu leiten. Allerdings komme es jetzt wohl vor, daß Gesetze durchgingen, welche Zerwürfisse solcher Versehen durch Ernennung eines Justizministers vorbeugen werde, da man ja doch nicht erwarten dürfe, daß jedes Parlamentsmitglied auf sein Recht, Willkür einzubringen, zu Gunsten

der Regierung verzichtet werde. Nachdem Napier sich auf Vorschlag Sir G. Grey bereit erklärt hat, seine Resolution durch Auslassung der Worte, welche geradezu auf die Gründung eines verantwortlichen Justiz-Ministeriums dringen, zu modifizieren, wird dieselbe angenommen. — Ein. A. Mitchell wird mit 46 gegen 43 Stimmen die Erlaubnis zur Einbringung einer Bill erteilt, welche die Aufhebung des Gesetzes bezweckt, kraft dessen Niemand, der mit der Regierung einen Kontrakt abgeschlossen hat, während der Dauer desselben im Parlamente sitzen darf.

Spanien.

Madrid, 8. Februar. Sämtliche Minister, Sparrero eingerechnet, wohnten heute dem Beginne der Cortes-Sitzung bei. Herr Rances kündigt an, daß er Erklärungen über die im Ministerium eingetretene Aenderung beantragen werde, so wie über das unregelmäßige Verfahren, das seit einiger Zeit bei Lösung der Ministerkrisen obwalte. Der Außen-Minister Lujan erklärte, Herr Brail sei abgetreten, weil er die vom Ministerrathe beschlossenen Aenderungen seiner Pläne zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Budgets nicht genehmigen zu können geglaubt habe. — Nach der „Epoca“ hat der neue Finanzminister, Santa Cruz, erklärt, daß er zwar bereit sei, den auf die Octroi-Gebühren bezüglichen Theil des Budgets abzuändern, daß er jedoch in allem Uebrigen den von Brail vorgezeichneten Finanzplan beibehalten werde. Die „Epoca“ will auch wissen, Brail habe dem Conseil-Präsidenten eine Note zugelegt, worin er die Verwendung der Summen vorschreibe, welche der Schatz ihm als den Betrag seines noch nicht erhobenen achtmonatlichen Ministergehalts schuldet.

Die „Madridische Zeitung“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Justiz- und Kultusministers an die Erzbischöfe und Bischöfe, das sich durch gemäßigte Sprache und vernünftigen Geist auszeichnet, und die Hoffnung einer nahen Verständigung mit Rom bekräftigt.

Osmantisches Reich.

Konstantinopel, 4. Febr. [Der Sultan auf dem Maskenballe.] In den letzten Tagen ist hier kein Vorfall so viel besprochen worden, als das Erscheinen des Padiſchah auf dem am 31. Januar von dem englischen Gesandten gegebenen Balle in dessen Palast zu Pera. Die Motive, welche den Sultan zu diesem außergewöhnlichen u. noch nicht da gewesenen Schritte bestimmten, werden verschieden aufgefaßt. Uebrigens war von Seiten des Padiſchah nichts veräußert worden, um den Akt zu einem besonders feierlichen zu machen. Man ließ den Monarchen vom Galata Serai aus durch eine Schar von Schotten und englischen Gardes geleiten. Die Passage zum Gesandtschaftshotel war brillant erleuchtet, unter Anderem strahlte über dem Haupteingang das transparente Bild der Königin Viktoria mit der Krone auf dem Haupte. Am Fuße der großen Treppe wurde der Sultan von dem britischen Botschafter, gefolgt von den bei dem Feste anwesenden hohen türkischen Würdenträgern und von dem gesammten Gesandtschafts-Personal empfangen, und hinan geleitet, wo er, nach mehreren Promenaden in den glänzenden Räumen, im sogenannten großen Salon in einem für ihn allein reservierten Fauteuil Platz nahm und dem bunten Treiben über eine Stunde lang zusah. Unter den (sämtlich kostümirten) Damen, die Abdul-Medschid vorgestellt wurden und mit denen er sich unterhielt, befand sich auch die Tochter des preussischen Gesandten, Oberst von Widenbruch, die in der Tracht einer Hofdame aus den Zeiten Friedrichs II. erschienen war. — Als der Padiſchah durch die Pforte des englischen Palais einführte, verkündeten elf Kanonenschüsse dies Ereigniß der Bevölkerung der Hauptstadt. Drüben, jenseits des Hafens und über die Meerenge hinaus, in Konstantinopel wie in Stutgart, giebt es bekanntlich noch manchen fanatischen, tiefen Argwohn im Herzen tragenden Muselman. Man will hier wissen, daß einige von diesen, als sie von dem Besuch des Sultans bei dem britischen Botschafter erfuhren, sich bewaffneten, und nichts anders erwarteten, als daß es einen Kampf zur Befreiung des Herrschers gelten werde, den sie in Gefahr wähten, Gefangener zu werden. Auf die große Masse der türkischen Bevölkerung hat dagegen die Angelegenheit keinen ähnl. Eindruck gemacht.

— Die Konferenzen, welche in Konstantinopel zwischen den Botschaftern und den Portenministern stattfanden, werden noch einmal zusammentreten, um auch die Frage wegen der künftigen Stellung der Donaufürstenthümer zu einer so reifen Vorlage zu fördern, daß bestimmte Entschlüsse darüber nach Paris mitgenommen werden können. Die Vorschläge der Konferenzen wegen der Reformen der Türkei in Betreff der Lage der Christen sind, wie bereits gemeldet, in 21 Punkte zusammengefaßt und vom großen Medschlis genehmigt. Diese Punkte sind nach der „Tr. Z.“ in Kurzem die folgenden:

1. Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Hattischerifs von Gülhane und der Transformatgeſetze.
2. Gewährleistung der der griechischen und armenischen Kirche ab antiquo zuständigen geistlichen Privilegien durch eine neue Akte des Sultans.
3. Entbindung der Patriarchate und Synoden von aller weltlichen und justitiarischen Gewalt. Ernennung der Patriarchen auf Lebenszeit; fixe Besoldung der höhern und niederen Geistlichkeit. Einrichtung einer befondern Administrationsbehörde für die griechischen und armenischen Raja's.
4. Gleichstellung der verschiedenen Kulte und Nationalitäten im Reiche; Erlaubnis, christliche Kirchen zu bauen.
5. Verzicht auf die Verfolgung und Bestrafung solcher mit dem Tode, die ihren Glauben wechseln.
6. Zulassung der Christen zu allen Staatsämtern.
7. Errichtung allgemeiner Schulen zur Vorbildung für den Staatsdienst für Mohamedaner und Christen.
8. Einführung einer befondern weltlichen Gerichtsbarkeit für die christlichen Raja's. Zusammensetzung dieser Tribunale aus Mohamedanern und Christen, sobald gemischte Interessen zur Frage kommen.
9. Modifikation der bestehenden Civil- und Kriminalgesetze und deren Umgestaltung nach Bedürfnis.
10. Veröffentlichung dieses Gesetzbuches in allen Sprachen des Reiches.
11. Reform des Gefängnißwesens.
12. Reform der Polizei.
13. Rekultivierung unter den Raja's und Zulassung der Christen zu allen militärischen Graden.
14. Reform der administrativen Behörden in den Provinzen, Vertretung der Christen in den Medschlis.
15. Erlaubnis für Franken, Grundbesitz zu erwerben, doch mit der Beschränkung, daß das liegende Eigentum nicht unter die exceptio-nelle Gerichtsbarkeit trete, welche die Verträge den Europäern gewähren.
16. Einführung der direkten Besteuerung; Abschaffung des Systems, die einzelnen Steuerkategorien en bloc an Staatsbeamte zu verpacken.
17. Verbesserung der Kommunikationswege zu Wasser und zu Lande.
18. Einführung und vernünftige Ordnung des Botendienstes für den Staatshaushalt.
19. Vertretung der Christen in dem obersten Staatsrathe zu Konstantinopel durch zwei Organe jeder Nation der Raja's.
20. Errichtung von Kreditinstituten für den Handel.
21. Reform des Münzwesens.

Girgemo, 29. Januar. Obwohl die Telegraphen-Verbindung zwischen Rußland und Konstantinopel über Schumla und Adrianopel schon seit längerer Zeit hergestellt ist und dem Publikum zur Disposition gegeben, so war die Benutzung dieser Linie nach den verschiedenen Theilen Europa's und zurück direkt nicht Jedermann möglich; denn sämtliche Depeschen mußten in Rußland und Schumla umtelegraphirt werden, und das korrespondierende Publikum hatte an diesen beiden Plätzen Korrespondenten nötig. Das osmanische Gouvernement hat jetzt, um diesem Uebelstande abzuheffen, in Girgemo einen Agenten angestellt, der sämtliche unter der Adresse „Agence turque“ daselbst eingehende für Konstantinopel bestimmte Depeschen übernimmt und die sofortige Weiter-Expedition direkt nach Konstantinopel besorgt. — Die Arbeiten einer zweiten (türkischen) Drahtleitung von Schumla nach Rußland werden in den nächsten Tagen beginnen und, sobald diese beendet sind, dürfte durch einen Anschluß der türkischen Linie an die walachische zwischen Girgemo und der walachisch-österreichischen Gränze auch dieser jetzt nur eine halbe Stunde betragende Zeitverlust ausfallen. (P. C.)

Amerika.

In Buenos-Ayres glaubte man, daß die Parana-Unterhandlungen zu nichts führen werden. Das „British Packet“ vom 29. Dezember schreibt: Das Ereigniß der Woche ist die neue Flores-Invasion. Flores ist mit 3—4 Kompagnien in das Piedras gelaufen, und am 24. finden wir ihn schon an den Quellen des Arroyo del Medio, etwa 10 Meilen im Binnenland. Aber die Obersten Drono und Cardoso brachen gleich zu seiner Verfolgung auf, und ihrer Energie ist seine schnelle Niederlage zu danken. Am 24. fing Cardoso einen Convoi von Waffen und Munition, der für die Freiwilligen bestimmt war, nebst einem Offizier und acht Mann auf, aber trotzdem überschritt Flores am nächsten Morgen den Rubicon, d. h. den Arroyo del Medio, welcher diesen Staat von Santa Fe trennt. Unverfolgt und nicht einmal belästigt gelangten die Abenteurer bis Canabá del Arbolito, wo sie Halt machten, aber am selben Nachmittage, aus irgend einer unbekannten Ursache, auseinander gingen. Ein Theil muß über den Grenzfluß zurückgegangen sein, denn die Behörden von Santa Fe haben, dem Vernehmen nach, 20 gefangen genommen. Flores schlug sich inzwischen mit seinem Stabe und etwa 60 Mann gegen Süden nach Pergamino zu. Mehr wissen wir nicht, als daß er sich noch auf unserm Gebiet befindet und bis jetzt nicht angegriffen worden ist. — An der Südgrenze hatten die Obersten Gonzales und Dumpe mit 1000 Mann begonnen, die Offensive gegen die Indianer zu ergreifen. Ueber die Bewegungen des General Homos wußte man wenig. — Handelsnachrichten klingen ungünstig; die Nachfrage für die inneren Provinzen und für Paraguay ist im letzten Monat sehr gesunken. Für die Ausfuhr sind Massen Häute bestellt, aber Wolle zeigte Neigung zum Weichen. Auf dem Geldmarkte waren die Schwankungen bedeutend. Die Unze schloß am 31. Dez. zu 334½. Wechsel auf London 66—70. In Montevideo scheinen Uneinigkeit und Anarchie den Gipfelpunkt erreicht zu haben. Senor Berges war dort auf dem Wege nach Rio als Bevollmächtigter von Paraguay angekommen und General Guido war zum Gesandten der Konföderation in Paraguay ernannt. Die Cholera hatte sich von Rio in die Provinzen zurückgezogen. — Nach einem amtlichen Ausweis hat sich der brasilianische Handel i. J. 1855 merklich gehoben, obgleich die Seuche ihm Abbruch gethan hat. Was das Land notwendig braucht, ist mehr Einwanderung.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 16. Februar. [Projekt einer Kreditbank für Schlesien.] Aus authentischer Quelle wird uns mitgeteilt, daß man hier mit der Errichtung einer Kredit-Bank für Schlesien im ausgedehnten Maßstabe umgeht, die aber mit andern ähnlichen Projekten nichts gemein hat. So viel wir über die Bestimmungen derselben erfahren konnten, sind dieselben den Verhältnissen in Schlesien ganz angepaßt und dürften bei der hohen Staatsregierung weniger auf Schwierigkeiten stoßen, als es von der in Berlin in Vorschlag gebrachten Kredit-Anstalt befürchtet wird. An der Spitze der Unternehmung stehen nicht nur anerkannte Handels-Autoritäten, sondern die hochgestellten Grundbesitzer unserer Provinz. Wir würden ein solches provinzielles Unternehmen, ganz geeignet unserm Handel und der wegen Mangel an geeigneten Geldmitteln darnieder liegenden Industrie unter die Arme zu greifen, mit Freuden begrüßen.

Breslau, 16. Febr. [Kirchliches.] Morgen werden die Amtspredigten gehalten werden von den Herren: Sen. Girth, Sen. Ulrich, Propst Krause, Rand. Kirchner (in der Hofkirche), Pastor Lehner, Dio.-Pr. Freischmidt, Prediger Dondorf, Pastor Stäuber, Pred. David, Pred. Egler, Konf.-Rath Dr. Gaupp (zu Bethanien). Die Passionspredigten werden halten die Herren: Diak. Herbst Mittwoh und Rand. Wdr. Freitag 2 Uhr zu Elisabeth; Superintendent Heinrich Mittwoh und Subl. Weis Freitag 2 Uhr zu Magdalena; Propst Krause und Diak. Dietrich (Mittwoh und Freitag 1 Uhr) zu Verharbin; Pastor Giel Donnerstag 9 Uhr (in der Hofkirche); Pastor Lehner Mittwoh 2 Uhr zu 11.000 Jungfrauen; Rand. Rahnert Mittwoh 8 Uhr bei Barbara; Pastor Stäuber Mittwoh 8 Uhr bei Christophori; Pred. David Dinestag 8½ und Pred. Egler Mittwoh 8 Uhr in der Trinitatiskirche.

Breslau, 16. Febr. In der heute stattgefundenen Verwaltungsrathung der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn ist die Dividende Stammaktien pro 1855 auf 8½ pCt. vorbehaltlich der Staatsgenehmigung festgestellt worden, und wird die Anzeige über deren Auszahlung nächsten erfolgen. Die günstigen Betriebsergebnisse des verflossenen Jahres rechtfertigen dies vollkommen, und die Zunahme des Verkehrs im laufenden Jahre verspricht ein noch glänzenderes Resultat.

Breslau, 16. Februar. [Verschiedenes.] Unter der fortwährenden Heuerung der Lebensmittel und anderer notwendiger Bedürfnisse leiden hauptsächlich diejenigen, welche wegen beschränkter Mittel nicht im Stande sind, dieselben im Ganzen und aus erster Hand einzukaufen. Der Hr. Landrath empfiehlt daher den Ortspolizeibehörden und Ortsgerichten sehr dringend, auf die Bildung von Vereinen hinzuwirken, die Cerealien (z. B. Weizen, Gerste u.) in großen Quantitäten einkaufen und in kleinen Quantitäten zum Kostenpreise weiterverkaufen. Der Hr. Landrath, dessen humane Fürsorge dankbar anerkannt werden muß, erklärt sich bereit, solchen Privat-Assoziationen gute und reelle Bezugsquellen nachzuweisen. — Unser hochgeehrter Herr Polizeipräsident v. Scheller, hat in dieser Beziehung während der letzten Jahre die größte Fürsorge für die große Zahl unserer Unbemittelten und Armen an den Tag gelegt.

Die Witterung bleibt beharrlich eine trübe und feuchte mit zahlreichen und ziemlich starken Regen-Niederschlägen, sie dürfte, ganz abgesehen von ihrem Einfluß auf die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse, auch für die Felder und Gärten nachtheilig werden, namentlich wenn rascher und anhaltender Frost nachfolgt. Sowohl aus der Provinz meldet man, als auch hier kann man es in vielen Gärten sehen, daß manche Bäume und Sträucher (wie z. B. Weiden, Glieder u.) bereits starke Knospen zeigen und ihnen dürften manche Pflanzen nachfolgen, die dann durch eintretenden Frost bedeutenden Schaden erleiden und später gar nicht tragen würden. Auch in Bezug auf die Winterstaaten geht man in diesem Falle große Besorgnisse. Für die Arbeiterklasse ist freilich diese Witterung günstig, da sie eine Menge Arbeiten zuläßt, die bei herrschender Kälte unterbleiben müßten. So sollen die Arbeiten bei den Eisenbahnen nächsten wieder beginnen, wenn sie nicht schon hier und da begonnen haben. — Der Wasserstand in unserer Oder erhält sich auf ziemlich gleichem Standpunkte; an ein Fallen des Wassers ist natürlich unter den Umständen nicht zu denken, und wir können

zufrieden sein, wenn der andauernde Regen die Fluthen nicht höher anschwellt.

Breslauer Metamorphosen.

Was die langsam fortschreitende Kultur der früheren Jahrhunderte nicht vermochte, das hat der schwungreiche Eisenbahnverkehr in einer kurzen Spanne Zeit bewirkt. Er schuf Paläste, wo sonst ärmliche Hütten standen, freundliche Gärten u. Parkanlagen, wo sonst der Wind über Stoppeln wehte, und daneben kolossale Speicherräume, Magazine für die aus allen Zonen herbeigeführten Produkte der Natur und menschlichen Kunstfertigkeit. Seit einem halben Menschenalter hat auch Breslau Physiognomie durch den immer weiter greifenden Schienenbüchel sich dermaßen verändert, daß sie von einem nach 15jähriger Abwesenheit plötzlich heimkehrenden „alten Breslauer“ kaum wiederkannt würde. Neue Straßen und Plätze sind entstanden, ganze Stadtviertel gleichsam aus dem Boden gewachsen, und die alten durch umäßige Neubauten fast unkenntlich gemacht. Am mannigfaltigsten gestalten sich diese Metamorphosen natürlich in unmittelbarer Nähe der Bahnhöfe, wo das schon vorhandene Häusernetz jährlich seine Ringe vergrößert, und über die gewohnten Grenzen hinaus sich neue Bahnen breitet.

In der Nikolaivorstadt verläuft die Magazinstraße, zwischen dem marktischen Bahnhof und der Friedrich-Wilhelmstraße gelegen, ihre Entstehung und Aenderung dem jungen aufstrebenden Verkehr, welcher daselbst eine Reihe der schönsten Prachtbauten hervorrief. Wohl vermüßt man noch an manchen derselben die bezeichnenden Nummern, wohl erinnert noch am Ausgange der Straße ein altes „Dörrhaus“ an längst überwundene Zustände. Aber auch das Dörrhaus muß dem Zahn der Zeit bald unterliegen, die breiten Lücken werden durch Neubauten, deren erst jetzt wieder drei vollendet sind, immer mehr ausgefüllt, und der Magazinstraße bleibt, trotz mangelnder Hausnummern, trotz Dörrhaus und Viehwede eine glänzende Zukunft gesichert. — Eine Straße ohne Hausnummern geht allenthalben noch an, weniger eine Straße ohne Pflaster und Trinkwasser. Zu den größten Seltenheiten gehört wohl aber eine Straße mit Pflaster ohne Häuser, und eine solche ist hier die „Marianenstrasse“, welche bekanntlich die Friedrich-Wilhelm- mit der Magazinstraße verbindet. Nicht ein einziger Spatenstich hat bisher diesen jugendlichen Boden entweiht. Indessen dürfte auch ihm einst der Weizen erblühen, sobald erst die „Breslauer gemeinnützige Baugesellschaft“ demselben ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Wäre es nur möglich bis dahin das prächtige Trottoir und Steinpflaster nach der parallelen „Schwerdtgasse“ zu verpflanzen, woselbst morgen der kaiserliche Cirkus eröffnet wird.

Neben dem „Viehtrug“, aus der ehemals von dem königl. Universitäts-Stallmeister Preusse innegehabten Reitbahn ist nämlich der massive Cirkus-Käfer hervorgegangen. Derselbe ist nach dem neuen Geschmack für Cirkusbauten mit erheblichem Kostenaufwande ausgeführt. Der Haupteingang befindet sich auf der Schwerdtgasse, von wo man durch den Hof und mehrere Seitentore in das Innere gelangt. Letzteres bildet einen ziemlich regelmäßigen Kreis von 110 Fuß Durchmesser und über 40 Fuß Höhe, in dessen Mitte sich die Manege mit 42 Fuß Durchmesser befindet. Ringsum erheben sich vier amphitheatralische aufsteigende Reihplätze und der Bühne gegenüber 7 Balkonlogen, welche Räume zusammen gegen 2500 Personen fassen sollen. Außerdem sind besondere Kassen-, Rindertore- und Garderobe-Lokale eingerichtet. Die Beheizung geschieht vorläufig durch Eisenblechen von geschmolzener Fagon; die Beleuchtung durch etwa 300 Gaslammen, deren der große Lufte 160, und 9 kleinere zusammen 135 zählen. Logen und Entrees haben ihre eigene Beleuchtung. An der Decke gewahrt man equilibristische Darstellungen, und im Hintergrunde verschließt eine hübsche Draperie mit entsprechenden Kunst-Emblemen die 20 Fuß tiefe Bühne, links davon ragt ein Podium für das Orchester hervor. Die Dekoration der Logen mit rothen Tapeten, sowie der Plätze mit Goldseiden auf weißem Grunde und rothen Lederpolstern möchten dem Lokal zur Zierde gereichen. Ueber das Gebäude wölbt sich ein Zinkdach, das in eine 12 Fuß im Durchmesser haltende Glaskuppel ausläuft und nicht bloß auf den ungewöhnlich starken Umfassungsmauern, sondern auch auf einer Doppelreihe gußeiserner Säulen im Cirkus selbst ruht. Nachdem der Bau mehrfache genaue amtliche Untersuchungen erfahren, wurde derselbe von Sr. Exc. dem Herrn Oberpräsidenten und gestern auch von dem Herrn Polizeipräsidenten besichtigt. An den letzten Abenden haben endlich die Beleuchtungsproben stattgefunden, welche ein günstiges Resultat lieferten. Die von morgen ab sich produzierende Gesellschaft der Mäz Ella unter Direktion des Hr. Stokes besteht aus 16 Personen und wird hoffentlich die Erwartungen des Publikums rechtfertigen.

Breslau, 15. Febr. Der Hilfsverein im Theater- und Christophori-Bezirk hielt am 31. v. Mts. unter dem Vorsitze des Pianoforte-Fabrikanten Hr. Raymond seine alljährliche General-Versammlung. Wenn gleich unter den drückenden Zeitverhältnissen die Anzahl der Unterstüßungsgesuche sich erheblich vermehrt hatte, so konnte doch ein großer Theil derselben Berücksichtigung finden, indem der rege Wohlthätigkeitsinn der Mitglieder dazu freundlich die Hand bot. — Der Verein zählte zu Ende vor. Jahres 70 Mitglieder. Die Jahres-Einnahme betrug 261 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. — Die Ausgabe: an baaren Unterstüßungen 229 Thlr. 2 Sgr. für Brennholz, welches an 28 Personen zur Verteilung kam: 15 Thlr. 10 Sgr. für Bermalungskosten 8 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf., so daß ein Ueberschuß von 9 Thlr. 2 Sgr. sich herausstellte, welcher dem Bestande aus den früheren Jahren im Betrage von 88 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf. zugefloßen ist. — Noch immer stehen leider die beiden Hilfsvereine der innern Stadt (der im sieben Kurfürstentum und der im Theater- und Christophori-Bezirk) isolirt da. — Obgleich ihr humanes Wirken sich vieler Anerkennung zu erfreuen hat, so haben sie leider in anderen Stadtbezirken immer noch keine Nachahmung finden können. Große Schwierigkeiten dürften sich ihrer Errichtung, namentlich in den wohlhabenderen Stadtbezirken gewiß nicht entgegen stellen. — Am Schlusse der Versammlung sind für das laufende Jahr die Herren Prediger Säckel, Instrumentenverfertiger Härtel und Pianofortefabrikant Raymond der bisherige Vorstand, zur Leitung des Vereins wieder ernannt worden.

Breslau, 15. Februar. [Personalien.] Dem Herrn Fürstbischof Dr. Heinrich wurde der bisherige Oberkapellan Robert Weigang zu Martha in Schl. zum Dom-Bikarius und Mansionarius des Kleinchores an der hiesigen Kathedral-Kirche ad Stum. Joannem Baptistam ernannt und derselbe am 4. Januar c. vom Vice-Dechant Waſche installirt. Kapellan Joseph Hartmann in Dhlau als Kuratie-Administrator in Spiritualibus et Temporalibus daselbst. Kapellan Joseph Fegeler in Neumarkt als Pfarradministrator in Spiritualibus et Temporalibus daselbst.

Bis Ende des Jahres 1855 sind dem anatomischen Museum der königl. Universität Geschenke zugekommen von dem Herrn Dr. Lichtenstein in Grabow, Geheimrath Professor Dr. Benedikt, Professor Dr. Widdendorff, Privat-Dozent Phyllis Dr. Klose, Dr. Seidner, Baron v. Kopp auf Zatzendorf bei Falkenberg, Wundarzt erster Klasse und Geburtshelfer Hauffen in Reudorf-Commende, Wundarzt erster Klasse Richter in Ober-Salzbrunn, Dr. Hirschfeld in Frankenstein, Ober-Stabsarzt Dr. Goeden, Dr. Bernstein in Batavia, Geheimrath Professor Dr. Gravenhorst, Inspektor Notermund, Dr. Mattersdorf in Groß-Glogau, Sanitätsrath Dr. Gräber, Dr. Wock in Schönau, Kaufmann Willendorf, Kreisphysikus Dr. Larisch in Namslan, Wundarzt und Geburtshelfer Langer in Freiburg, Kreisphysikus Dr. Pohl in Löwenberg, Dr. Scholz, Stabsarzt Dr. Rath in Gleiwitz, Kreisphysikus Dr. Kühne in Steinau, Dr. Strauch in Striegau, Kreisphysikus Koch in Striegau, Wundarzt erster Klasse Weigert, Medizinalrath Prof. Dr. Remer, Lieutenant v. Kober auf Gadow, Kreis-Physikus v. Hohl auf Heidersdorf bei Nimpsch, Dr. Gottwald in Reinerz, Bahnhof-Wendant Fellmann in Freiburg, v. Thielau, Rittergutsbesitzer in Lampersdorf bei Frankenstein, Wundarzt erster Klasse Samolitz in Ples, Dr. Heller, Dr. Nagel, Dr. Securius in Wetersthal, Medizinalrath Dr. Ernst in Neidenbach, Dr. Klein in Rathbor, Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Strauch in Landesbunt, Dr. Rawig in Ostro, w. Assistenz-Arzt Scholz im 6. Artillerie-Regiment in Neisse, Dr. Förster, Geheimrath Dr. Gers, Kreiswundarzt Schäfer in Münsterberg, Kreisphysikus

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Stettin. Portland-Cement

Bei der herannahenden Bauzeit bringen wir hiermit unser Fabrikat in Erinnerung. Dasselbe wurde bald nach seinem Erscheinen den sorgfältigsten Prüfungen des königl. Bau-Inspectors Herrn Manger, Professor am königl. Gewerbe-Institut in Berlin, unterworfen, und den besten engl. Cementen nicht bloß vollkommen entsprechend, sondern auch in Bindekraft und Festigkeit dieselben übertreffend befunden. Seitdem vielfältig bei öffentlichen und Privat-Bauten verwandt, hat es sich ohne Ausnahme bewährt. Auch die hiesige königl. Regierung fand sich zur Prüfung unseres Fabrikats veranlasst, und erliess über den Befund die untenstehende Bekanntmachung. In neuerer Zeit wurde unser Fabrikat auf der Pariser Ausstellung mit der Medaille gekrönt.

Bei einer täglichen Production von 100 Tonnen à circa 400 Pfund netto sind wir im Stande, erhebliche Aufträge auszuführen.

Stettin, den 8. Februar 1856.

Direction der Stettiner Portland-Cement-Fabrik.

P. Gutke.

In Verfolg Ihres Schreibens vom 28. April c. benachrichtigen wir Ew. Wohlgeboren, dass mehrere Baubeamte unsers Verwaltungs-Bezirks auf unsere Voranlassung Versuche mit dem in Ihrer Fabrik zubereiteten Portland-Cement angestellt haben.

Nach den uns jetzt vorliegenden Gutachten dieser Beamten, mit welchen die beiden Bau-Räthe unseres Collegii, die Regierungs-Räthe Uhlig und Pfeffer, übereinstimmen, entspricht der in Ihrer Fabrik zubereitete Cement bei gehöriger Behandlung und einer angemessenen, nach dem Zweck seiner Verwendung sich richtenden Sandbeimischung, allen Anforderungen, welche an gute Cemente gemacht werden, so dass derselbe dem guten unverfälschten englischen Portland-Cement an Güte nicht nachsteht. Es ist uns angenehm, Ihnen diese Mittheilung machen zu können, und wünschen wir Ihrem Unternehmen auch fernerhin den besten Erfolg.

Stettin, den 9. Juli 1855.

[1039]

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern. gez. Lorenz.

Pomerania.**See- und Fluß-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin.**

Hiermit erlauben wir uns, diese Gesellschaft für Versicherungen gegen Strohmgefahr ergebenst zu empfehlen und um gefällige Aufträge zu bitten. — Die Pomerania versichert zu denselben Bedingungen und Prämienätzen, wie alle anderen soliden Versicherungs-Gesellschaften, vergütet auch dieselbe Prämien-Rückgabe, so daß die höchstmöglichen Vortheile gewährt werden.

Breslau, den 3. Februar 1856.

Die Haupt-Agentur Kanold u. Comp., Karlsstr. 3.

Die in den k. k. österreichischen Staaten patentirte

[988]

1. Echte Schlesische Waschmaschine

für gewöhnliche Haushaltungen mit und ohne hermetischen Verschluss.

2. Rohrmannsche Cylinder-Waschmaschine

für größere Haushaltungen, Restaurationen, Fabriken, Institute etc.

sind stets vorrätig zu haben bei Herrn C. B. Krüger, Ring Nr. 1.

Auch sind dafelbst Waschmaschinen, 6 Thlr. pro Stück, zu haben, für deren Brauchbarkeit aber keine Garantie geleistet werden kann.

Ueber die Leistungsfähigkeit der echten schles. Waschmaschinen, möge unter vielen andern Aufzählungen nachstehende Bescheinigung Zeugnis geben:

In meiner und mehrerer Eltern der Kinder meiner höheren Töchterschule Gegenwart ist eine Waschung mit der schlesischen Waschmaschine vorgenommen worden, welche allgemein anerkannte Resultate erzielte. Die Wäsche war im schmutzigen Zustande, zum Theil vergelbt und sogenannte Handwerksburschen-Wäsche, und wurde in größerer Anzahl in einer Stunde (abgerechnet die kleineren Vorrichtungen) blendend weiß aus dem Kessel der Maschine genommen. Unbedingt wird bei Anwendung dieser Maschine die Wäsche sehr geschont, wenig Seife und Holz verwendet und wenig Arbeitskraft erfordert; dies bescheinige ich hiermit wahrheitsgemäß. Schimm, 1856. Seifert, Rektor der höhern Töchterschule.

Unser Geschäfts-Lokal sowie die Hauptagentur

Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt

Berliner Land- und Wasser-Transport-Versicherungs-Gesellschaft

befindet sich jetzt

Karls-Straße 38, neben dem Café restaurant,

Gingang im Hause par terre rechts die dritte Thür.

Breslau, den 11. Februar 1856.

[897]

Heinrich Fromberg u. Comp.

Poudrette (Staubdünger).

Bezugnehmend auf nachstehendes Gutachten des Chemiker Herrn Professor Lindes, beehre ich mich den Herren Landwirthen das Fabrikat der Stettiner Poudrette-Fabrik bestens zu empfehlen, mit dem Erfuchen, mir Frühjahrsaufträge zur pünktlichsten Ausführung recht bald zugehen zu lassen.

Zu jeder erforderlichen Auskunft erkläre ich mich gern bereit, und ist eine Broschüre über die Poudrette-Fabrikation für Interessenten bei mir gratis in Empfang zu nehmen.

Die General-Agentur in Breslau:

Benno Misch, Junkernstraße 32.

An die Poudrette-Fabrik in Stettin.

In Betreff der mir zur chemischen Prüfung übersandten Proben von Poudrette aus Ihrer Fabrik, trage ich kein Bedenken, hiermit zu bescheinigen, daß Ihr Fabrikat in gegenwärtigen Verhältnissen im Vergleich zum peruanischen Guano, volle Beachtung verdient, zumal, wie ich mich indirekt überzeugt habe, dasselbe bei seiner Anwendung seitens praktischer Landwirthe sich gut bewährt hat.

Breslau, den 24. Nov. 1855.

(L.S.) gez. Professor Lindes.

[1028]

Bestellungen auf Poudrette nehmen gleichfalls entgegen:

in Dels Herr C. B. Delsner,

in Briesg Herr W. Heimann,

in Schweidnitz Herr Herm. Richter,

in Reichenbach Herr C. F. Walter,

in Strehlen Herr M. Joachimsohn,

in Kreuzburg Herr A. Proskauer,

in Freiburg Herr Härtter u. Waldmann,

in Reisse Herr Maichere,

in Namslau Herr M. Liebrecht,

in Neumarkt Herr Wolff Wasservogel.

Stereoscop-Daguerreotyp-Portraits

werden angefertigt in Lobethals Lichtbild-Atelier, Dhlauerstr. 9.

[1566]

Metall-Schablonen,

einzelne Buchstaben, Ziffern, Wörter, in allen Schriftarten und Größen, zum Bezeichnen der Wäsche, zum Signieren der Wollzügen und Goll's, zu Weißstickereien, Formularen u. s. w. aus der Fabrik von L. Sobotta in Berlin, in der Papierhandlung von J. Stein, Schuhbrücke Nr. 76.

Besten Quedlinburger Zuckerrübensamen

1855er Ernte, offerirt unter Garantie für Echtheit und Keimfähigkeit:

M. W. Heimann, Bischofsstrasse 16.

Schles. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir zeigen den Herren Actionären ergebenst an, dass durch den Beschluss der Gesellschafts-Vorstände, die Dividende für das Jahr 1855 auf Fünf Procent der baaren Einlage, mithin auf zehn Thaler für die Actie von 1000 Thlr., und fünf Thaler für die Actie von 500 Thlr., festgesetzt worden ist, und dass die Dividende vom 1. März ab an unserer Kasse, Königsplatz Nr. 6, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, gegen Production des quittirten Dividenden-Scheines pro 1855 erhoben werden kann.

Die Direction.

Die Maschinenpapierfabrik zu Lomnik bei Hirschberg

wird mit ihren neuen best eingerichteten Gewerken und Maschinen Anfang März d. J. den Betrieb eröffnen, und hält sich deshalb den geehrten Herren Papier-Konsumenten bestens empfohlen.

Besitzer A. Sachs. [1597]

Merten's Keller

(London Tavern) [739]

hält fortwährend Lager von:

echt engl. Porter (double brown stout) von Barklay, Perkins & Co. in London,

echt engl. Ale und das beliebte magen-stärkende Werder'sche Bier, sowie

echt bayerische Biere werden im Ganzen und Einzelnen bestens empfohlen.

Wiederverkäufern werden bedeutende Vortheile gewährt.

Otto Merten, Dhlauerstraße 5/6.



Do h's

Riesen-

Futter-

Runkel-

rüben- und

echten weiß.

grünköpfigen

großen

englischen,

füßen Dauer-, Gz- und Futter-Riesen- Wurzel-Möhren-Samen,

eigener 1855er Ernte, mit gratis zu verabreichender Samen-Ueberdünungs-, Kultur- u. Ueberwinterungs-Anweisung; sowie alle Arten Gemüse-Samen zur

Frühbeet- resp. Mistbeetreiberei und fürs freie Land, Blumen- u. ökonomische Futter- u. Gras-Samen, insbesondere der Futter-Turnips- u.

in der Erde wachsende Runkelrüben-Species, Möhren-Sorten, Erdrüben- u. Kraut-Samen, offerirt von erprobter Keimkraft u. Echtheit zu geneigter Abnahme:

Friedrich Gustav Pohl,

Breslau, Herrenstraße Nr. 5, nahe am Blücherplatz.

[896]

Wallosin

ist der Name eines vorzüglichen Erzeugnisses für das immer theurer werdende Fischbein.

Obgleich dasselbe in vielfältiger Beziehung durch Leichtigkeit, Wasserdichtigkeit, größere Spannkraft etc. gegen das natürliche Fischbein sich günstig auszeichnet, kostet es doch fast nur die Hälfte desselben.

Es kann aus vielfältiger Erfahrung versichert werden, daß Wallosinstäbe standhaft sind und sich nie trumm ziehen. Alleinige Niederlage für Schlesien bei

August Zeißig,

Pofamentir-Waaren-Handlung,

Breslau, Ring 35, grüne Möhrseite.

Wiederverkäufer erhalten bei Abnahme von 20 Pfd. einen bedeutenden Rabatt! [1053]

Weisse reine Leinwand

in ganzen und halben Schocken, zu außerordentlich billigen Preisen, bei

Heinrich Adam,

[1031] Schweidnitzerstraße Nr. 50.

בשר כשר ע"פ כר"ב דפא

Um vielen Nachfragen zu genügen, und Irrungen zu vermeiden, machen Unterzeichnete hierdurch bekannt, daß sie allein den Verkauf von nur solchem Fleisch betreiben, welches unter Aufsicht des hiesigen königl. Land-Rabbiners, Herrn Etkin, im Beisein eines Rabbinats-Assessors von einem von der hiesigen Gemeinde bestellten Schächter geschlachtet wird.

Breslau, im Februar 1856.

A. S. Spiegel's Wittve,

Abraham Sie,

[1535] Hofmarkt Nr. 7 u. 8 (Mühlhof).

Strohbut-Näherinnen,

die geübt sind, finden dauernde Beschäftigung in der Strohbut-Fabrik von

H. L. Breslauer, Schweidnitzer Str. 52.

[1530] Schwarze Dinte,

schönes Fabrikat, für Stahl- und Riefedern passend, mit allen Eigenschaften der Alizarin-Dinte verbindet dieselbe das Schöne, bald schwarze Schrift zu geben, empfiehlt, à Quart

2^{te} Sgr. die Bünd-Requisiten-Fabrik des

Edvard Peschner, Mehlgasse Nr. 17.

Jacques und Damast-Gedecke zu 6, 12, 24 Personen, empfiehlt in den neuesten Zeichnungen zu billigem Preise:

Heinrich Adam,

[1032] Schweidnitzerstraße Nr. 50.

Brust-Caramellen,

nach der Vorschrift

des königl. preuß. Medizinal-Raths und Professor Dr. Remer zu Breslau, bestehend aus den vorzüglichsten Brustkräutern und dem reinsten Zucker-Krystall, in länglichen, theergrünen ¼ Pfund-Schachteln nebst Gebrauchs-Anweisung, Qualität 1.

Caramellen, lose in Etiquetten, mit meiner Firma versehen, ohne Schachtel Qualität II. pro Pfund 12 Sgr.

L. Friedrich's Conditorei und Bonbon-Fabrik

in Breslau, Neuschestrasse Nr. 7.

Der vielfache Gebrauch und die rühmlichste Anerkennung von allen Seiten, so auch der Herren Aerzte, haben die heilsame Wirkung meiner Caramellen auf das vollständigste erwiesen, so daß ich mich unter Hinweis auf das nachfolgende ärztliche Zeugnis hiesiger H. H. Doctoren aller weiteren Anpreisungen enthalten zu dürfen glaube.

[Zeugniß.] Die von dem Conditorei-Hrn. Friedrich in Breslau nach einer Vorschrift des Medizinal-Raths und Professors Hrn. Dr. Remer hierförmlich angefertigte Brust-Caramellen können in Beziehung auf ihre Zusammensetzung und Qualität als ganz vorzüglich und besonders heilkräftig bei katarrhalischen und ähnlichen Beschwerden empfohlen werden, was wir hiermit auf Grund ärztlichen Ermessens zur Förderung nützlicher Anwendung gern bescheinigen. Breslau, im Februar 1855.

H. Kaufe Dr. Remer Dr. Springer

Außer den schon wiederholt bekannt gemachten Niederlagen hier und auswärts sind neuerdings solche errichtet in

Görlitz bei C. C. Kubisch.

Schweidnitz bei Johann Epiger.

P. S. Niederlagen erhalten Rabatt und wollen sich Wiederverkäufer gefälligst an Friedrich's Bonbon-Fabrik in Breslau wenden.

[1051]

Louis Friedrich, Conditorei, Neuschestrasse Nr. 7.

Dachpappe.

Der Verkauf meiner Dachpappe findet auch dieses Jahr durch Herrn C. G. Schlabitz in Breslau statt.

Brieg, den 14. Februar 1856.

[1560]

J. Falch, Pappen-Fabrikant.

In Bezug auf Vorstehendes empfehle ich dieses anerkannt gute Fabrikat bestens.

C. G. Schlabitz, Catharinenstraße 6.

Expeditions-Anzeige.

Bei wieder eröffneter Schifffahrt auf der Oder empfiehlt sich zu Verladungen

H. C. Baswig,

Expediteur und Hauptagent der Preussischen National-Versicherungs-Gesellschaft. Frankfurt a. d. O., im Februar 1856.

[1035]

Caviar-Anzeige.

Da ich noch im Besitz einiger im Januar empfangener Fässer echt Astrachanischen Winter-Caviars bin, empfehle ich denselben, um bei der jetzigen warmen Witterung damit zu räumen, mit 1 Thaler das Pfund, und von der vor einigen Tagen erhaltenen Februar-Sendung, welche an Schönheit des Kornes und Reinheit des Geschmacks, alle in dieser Saison heran bekommenen Zufuhren übertrifft, mit 1 Thlr. 10 Sgr., in Partien und Original-Fässern billiger.

Gustav Scholz,

[1549] Schweidnitzer-Straße Nr. 50, Ecke der Junkern-Straße.

Mehrere große Böden

auf dem Kaergerhof sind sofort oder Term. Oftern zu vermietthen. Näheres Neufche-Straße Nr. 32 im Comptoir.

[1022]

Seine Niederlassung in Tarnowitz in Ober-Schlesien zeigt hierdurch ergebenst an:

[1011]

der Maurer- und Zimmermstr. Oscar Graeber.

600 Stück verkäufliche Zuchtmutterische

in Partien von je 200 Stück kann der Unterzeichnete nachweisen. Sie stammen aus einer hochedel, sehr gefunden, von erblichen Krankheiten freien Schäferei, und ich kann sie mit voller Ueberzeugung empfehlen, zumal sie entsprechend groß und wollreich sind, auch ihr Preis verhältnißmäßig sehr billig ist.

Breslau, Nikolai-Stadtgraben Nr. 6.

[1000]

Elser.

Die Samen-Handlung von Carl Fr. Keitsch,

in Breslau, Kupferschmiedestraße Nr. 25, Ecke der Stockgasse, empfiehlt ihre aufs Reichhaltigste assortirten Vorräthe aller Arten Garten-, Gemüse-, Feld-, und Wald-Samereien unter Zusicherung strenger Reellität zu den solidesten Preisen. Samen-Kataloge werden gratis verabreicht.

[1042]

Die Damenpuß-Handlung von M. Spfer,

Dhlauer-Straße Nr. 2, erste Etage,

empfehlte wegen Verlegung des Geschäfts, eine große Auswahl eleganter Damenhüte, wie auch Hauben, Aufsätze, Coiffuren, um damit zu räumen, zu auffallend billigen Preisen.

[1599]

Ein feines, gut rentirendes und im besten Renommee stehendes Pußgeschäft in einer der größten Städte Schlesiens, unweit Breslau, ist mit ganzer Einrichtung vom 1. August d. J. unter vortheilhaften Bedingungen käuflich abzugeben.

Das Nähere zu erfragen in der Strohhut- und Blumenfabrik von Louis Burgfeld, Dhlauerstraße Nr. 4.

[1598]

Avis von J. Glücksmann & Comp.

Wir haben auch in diesem Jahr ein

großes Fabrik-Lager von Cattun.

Dasselbe umfaßt nicht nur allein alles Neue in deutschem resp. sächsischem Fabrikat, sondern auch die prachtvollsten Muster in französischem und englischem Drucke.

Ganze Stücke werden billiger und mit dem üblichen Fabrik-Rabatt abgelassen.

Der Ausschnitt jedoch geschieht nur nach der langen Elle und geben statt des obigen Rabatts zu jedem Kleide das nöthige Futter. [1024]

J. Glücksmann u. Comp.,
Dhlauerstraße Nr. 70, zum schwarzen Adler.

[1049] Frischen, geräucherten

Rhein-Lachs,
Silber-Lachs,
Marinirten Lachs,
Elb. Neunaugen,
Zeltower Rübchen,
Görzer Maronen,
Sauerse, Sypler und
Cervelat-Wurst,
Veroneser Salami,
Straßburg. Gänseleber-
Pasteten,
Rügend. Gänsebrüste
und
Hamb. Rauchfleisch,
empfehlen von neuen Sendungen:

Gebrüder Knaus,
Dhlauer-Straße Nr. 5. 6, zur Hoffnung.

Geräucherten Lachs,
Elbinger Neunaugen,
Brabanter Sardellen,
Schottische Serringe
offert zum Wiederverkauf billigt: [1050]

Carl Straka,
Abrechts-Straße 39, der Egl. Bank gegenüber.

Täglich frische Austern,
Süße Meß. Apfelsinen,
15-20-24 Stück für 1 Thlr.,
Paraffin-Kerzen,
Geläutert. Mörensaft

gegen Husten, Heiserkeit etc., in Flaschen zu
7½ und 15 Sgr., bei [1548]

Gustav Scholz,
Schweidnitzerstr. Nr. 50, Ecke der Junkernstr.

Meßin. Apfelsinen,
Görzer Maronen,
Zeltower Rübchen,
Eingelegte Früchte,
Gebirgs-Preiselbeeren,
mit und ohne Zucker eingelegt,

Senf- u. Pfeffergurken
empfehlen in bester Qualität: [1041]

Carl Straka,
Abrechts-Straße 39, der Egl. Bank gegenüber.

[1605] Alten reinen
Nordhauser Korn
empfehlen pro Eimer 17 Thlr.:
Die Destillation von J. C. Hillmann.

Lapezirblei
zum Bekleiden feuchter Wände
schwache Sorte pro 100 Fuß 6 Pf.
starke Sorte pro 100 Fuß 1 Sgr.,
empfehlen: [1544] **G. F. Scholz's Erben,**
Breslau, Hinterhäuser Nr. 17.

Complete Sarg-Sanituren sind in
größter Auswahl stets vorrätig bei
H. Ohagen,
Kupferschmiedstr. 41, [1434]
Stadt Warschau, im Sarg-Magazin.

Zu Zimmermalereien aller Art sowie
Delanstrich und Grottrierung der Fußböden,
empfehlen sich zu gütigen Aufträgen: [1506]
J. Grünberg, Maler,
Antonienstraße im Storch Nr. 35 b.

Saamen-Offerte.

Sommersaaten, gesund, von welchem an 3¼
Morgen 29½ Scheffel selbst geerntet worden,
offert pro Scheffel 5 Thlr. und empfiehlt
zur Saat: **Ge. Reich in Deutsch-Wissa.**
Bestellungen werden franco erbeten. [1559]

Pagerelke sind Schwert- und Magazin-
Straßen Nr. 1, vis-à-vis des Niederschlesischen
Märkischen Bahnhofes, zu vermieten; eben-
dieselben auch Bauplätze zu zeitgemäßen
Preisen zu verkaufen. Das Nähere Elbschiff-
Straße Nr. 10 im Gewölbe zu erfahren.

Geachte Brückenwaagen
in allen Größen zu den billigsten Preisen
empfehlen unter mehrjähriger Garantie:
Kreiser in Frankenstein,
sowie die Brückenwaagen-Niederlage bei
Albert Beyer
in Breslau, Katharinenstr. Nr. 11. [1474]

Gesundheits-Sacken,
Unterbeinleider, Leibbinden, Strümpfe
und Socken, in Seide, Wolle, Wigogne, Fla-
nell und Baumwolle, für Herren, Damen und
Kinder, empfiehlt in größter Auswahl billigt
die Haupt-Niederlage des
Bernhard Stern,
früher Herrmann Kittauer,
15. Nikolaistraße Nr. 15. [1547]

Schafvieh-Verkauf.
Das Dominium Logau bei Lauban i. Schl.
verkauft 300 Stück hochfeines Schafvieh von
allen Gattungen. [993]

Saamen-Offerte.

100 Pfund echte weiße Zucker-Runkelrüben mit rosa Anflug, . . . 20 Thaler.
100 Pfund weiße grünköpfige Riesen-Möhren, Möhrenrüben . . . 20 "
100 Pfund lange rothe Möhren oder Möhrenrüben . . . 25 "
100 Pfund lange rothe, über sich wachsende Runkelrüben . . . 15 "
1 Pfund weißer Runkelrüben 1 Thaler 24 Sgr.
1 Pfund schwarzer " 24 "
1 Pfund Holcus sacharatus 20 Sgr.
Ferner alle gangbaren Kraut- oder Kopf-Kohlarten, Salate etc. zu billigen Prei-
sen bei **Carl Appeltin,**
Samenhandlung und Handelsgärtnerei in Erfurt.
Aufträge nimmt an: **Reinhold Sturm,** Graupenstraße Nr. 10. [1359]



**Die echten Eduard Groß'schen
Brust-Caramellen,**
von de **Handl. Eduard Groß, Breslau,**
Neumarkt 42,
haben sich für **Husten-, Hals- u. Brustleidende**
bewährt!

Dieselben sind von vielen hohen Sanitäts-Behörden und Autoritäten spe-
ziell geprüft und als bewährt begutachtet. Von höchsten Standes-, wie von
Personen aller gebildeten Klassen, im Interesse der leidenden Mitmenschen
bestens empfohlen worden. Echte Packung in Chamoi-Papier à Car-
ton 15 Sgr., in blau à 7½ Sgr., in grün à 3½ Sgr., und Prima,
höchste Qualität, in Rosa-Gold à Carton 1 Thlr. — Jeder Carton ist mit der
Firma „Eduard Groß“ 3mal, nebst einem Facsimile und 1mal die Begutachtung des
königl. preuß. Sanitäts-Rath, Kreis-Physikus Herrn Dr. Kolley, versehen. [653]

Bon Paris

empfehlen ich die für diese Saison erschienenen neuen Modelle von
Frühjahresmänteln,
und überraschen dieselben ihrer gefälligen Formen und Garnituren wegen gewiß
das Auge eines jeden Beschauers. [1034]

M. Lichtenstein,
Schweidnitzerstraße, an der Brücke „zur Pechhütte.“

[1559] Tschiergig a. D., im Februar 1856.
Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich in meinem, bis jetzt verpacktet
gekauften, früher Carl Dürsch'schen Expeditions-Etablissement hieselbst, welches mit mas-
sigen Speichergebäuden und luftigen Böden zum Aufschütten von Getreide, Pflanzensamen etc.
bestens versehen ist, vom 1. Januar d. J. ab ein

Kommissions- und Expeditions-Geschäft
unter Leitung des mit dieser Branche vollkommen vertrauten Herrn Julius Kühn betreibt.
Durch hinreichende Fonds unterstützt, wird es mein Bestreben sein, das mir zu gewöh-
nende Vertrauen durch reelle und zeitgemäß billige Bedienung zu erhalten.
Mein Weingeschäft in Grünberg erleidet dadurch keine Veränderung.
Carl Gußmann.

Zennant'scher Grubber.
Ein von dem königl. Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten aus Eng-
land bezogener, für einen schleifischen Nittergutsbesitzer bestimmter Zennant'scher Grubber
ist einige Tage hindurch zur Ansicht ausgelegt Dhlauerstraße Nr. 45, par terre. Von
dem Instrumente hat Herr Zennant, der Inhaber des Magazins landwirthschaftl. Maschinen,
Nitterplatz Nr. 1 hieselbst, eine Zeichnung entnommen, und wird dasselbe von ihm nachge-
bildet werden. Wir machen die Landwirthe hierauf aufmerksam.
[1586] Der Vorstand des landwirthschaftlichen Central-Vereins.

Platteisen mit Kohlen-Feuerung,
Sicherheits-Schlüssel und Ketten, empfiehlt:
[1539] **P. Buckisch,** Schweidnitzer-Straße 54, neben der Kornede.

Ein Knabe ordentlicher Eltern kann bei
mir bald oder zu Ostern die Anfertigung
chirurgischer Instrumente und Bandagen er-
lernen. **W. Haertel,** Dhlauerstr. Nr. 29.

Fertige Wäsche,
neueste Muster für Damen und Herren, bei
Heinrich Adam,
[1033] Schweidnitzerstraße Nr. 50.

Eine neue noch nicht gebrauchte
Brückenwaage,
15 Ctr. Tragkraft, offeriren zu solidem Preise:
[1596] **Georgi u. Bartsch,**
Dhlauerstraße Nr. 77, 3 Hechte.

Guttapercha-Schuhe,
beste Qualität, echt amerikanisches Fabrikat,
Hervorgehoben für 1½ Thlr., Damenschuhe
1 Thlr. 5 Sgr. [1555]
Mattes Sohn, Goldneradegasse 11.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.
Abg. nach **Oberschl.** Schnell- 6 U. Morg. Personen- 1 U. 50 M. Oppeln 6 U. 30 M. Ab.
Ant. von **Freiburg** 9 U. Abds. züge 12 U. 10 M. Oppeln 8 U. 10 M. Ab.
Zugleich Verbindung mit **Reifez**; mit **Wien** nur mit den Morgen- und Mittag-Zügen.

Abg. nach **Berlin** Schnellzüge 10 Uhr Ab. Personenzüge 7 Uhr Mg., 5½ Uhr Ab.
Ant. von **Freiburg** 8 Uhr Morgens, 4 Uhr 45 Minuten Nachmittags.
Abg. nach **Freiburg** 9 Uhr 4 Minuten Morgens, 6 Uhr 54 Minuten Abends.
Zugleich Verbindung mit **Schweidnitz, Reichenbach und Waldenburg.**
Sonn- und Feiertags 1 Uhr ermäßigte Preise nach **Canth, Freiburg und Schweidnitz.**

Breslauer Börse vom 16. Februar 1856. Amtliche Notirungen.

Gold- und Fonds-Course.		Schl. Rust.-Pfb.		Freiburger . . .	
Dukaten	94 ¼ G.	dito Litt. B. . .	4	99 ½ B.	151 ½ G.
Friedrichsd'or . .	111 B.	dito dito . . .	3½	99 ½ B.	139 ½ B.
Louisd'or	111 B.	Schl. Rentenbr. .	4	92 ½ B.	88 ½ G.
Poln. Bank-Bill. . .	93 ½ B.	Posener dito . .	4	93 ½ B.	165 ½ B.
Oesterr. Bankn. . .	98 ½ B.	Schl. Pr.-Obl. . .	4½	99 ½ B.	61 ½ B.
Freiw. St.-Ant. 1850	101 ½ B.	Poln. Pfandbr. .	4	92 ½ G.	—
Pr.-Ant. 1854 . . .	101 ½ B.	dito neue Em. .	4	92 ½ G.	157 ½ G.
dito 1853	101 ½ B.	Pln. Schatz-Obl. .	4	81 ½ B.	55 ½ B.
dito 1854	101 ½ B.	dito Ant. 1835 .	4	—	74 ½ B.
Präm.-Ant. 1854 . .	113 B.	à 500 Fl. . . .	4	—	94 ½ B.
St.-Schuld.-Sch. 3½	87 B.	Krak.-Ob. Oblig. .	4	82 ½ B.	—
Sech.-Pr.-Sch. . . .	—	Oesterr. Nat.-Ant. 5	83 ½ G.	—	—
Pr. Bank-Anth. . .	—	Ausl. Kass.-Sch. .	—	—	—
Bresl. Stdt.-Obl. . .	—	unter 10 Thlr. .	—	—	—
dito dito	4½	Minerva	101 ½ B.	—	—
dito dito	4½	Darmstädter . . .	—	—	—
Posener Pfandbr. .	100 ½ G.	Bank-Actien . . .	129 B.	—	—
dito dito	91 ¼ B.	Oesterreichische .	144 ¼ G.	—	—
Schles. Pfandbr. .	91 ¼ B.	Credit-mobilier .	—	—	—
à 1000 Rthlr. . .	91 ¼ B.	Eisenbahn-Actien.			
		Berlin-Hamburg .	4	—	—

Zu Confirmationen:

schwarze Mailänder Taffte, von vorzüglicher Güte, schöner fein schwarzer
Farbe und reichem Kistre, die Elle von 15 Sgr. ab;

Camlots von 5 Sgr. ab, **Poil de Chèvres** in den schönsten Farben und
Twilbs 5½ Sgr. in den schönsten Farben und guter Qualität
Thyrbets 12½ Sgr. in den schönsten Farben und guter Qualität
Alpacas 6 Sgr. in den schönsten Farben und guter Qualität
empfehlen die neue Mode-Waaren-Handlung von

Sachs und Leubuscher,
Ring Nr. 16, Bechseite. [1030]
Auswärtige Proben - Bestellungen werden prompt ausgeführt.

Die echte Revalenta arabica,
ein Pflanzenmehl, [143]

von den Herren **Barry du Barry u. Comp.** in London,
wird in versiegelten Original-Blechbüchsen verkauft à 18 Sgr., 35 Sgr., 57 Sgr.,
4½ Thlr., 9½ Thlr., super. à 2½ Thlr., 4½ Thlr., 9½ Thlr., 16 Thlr.,
in der Haupt-Agentur für Breslau und Schlesien
bei **W. Heinrich u. Co., Dominikanerplatz 2,**
nahe bei der Post.

Zu gleichen Preisen ist dieselbe zu bekommen bei den Herren:
Herrmann Straka, Junkernstraße 33, **Karl Straka,** Abrechtsstraße 39, **Gustav**
Scholz, Schweidnitzerstraße 50, **Fedor Nudel,** Kupferschmiedstraße 14, sämtlich in Breslau.
And. Hoffrichter u. Comp. in Glogau. **C. Waddorf** in Bries. **C. W. Borden** in
und **Speil** in Ratibor. **Moris Tamms** in Reife. **E. G. Schlitz** in Dypela. **Gustav**
Kahl in Liegnitz. **Aug. Bretschneider** in Dels. **A. W. Klemm** in Schweidnitz. **J. F.**
Heinrich in Neustadt, Oberschlesien. **Wilh. Dietrich** in Medzig. **W. Kohn** in Ples.
J. Gustav Böhm in Arnowitz. **J. G. Worbs** in Kofel. **Heinr. Köhler** in Striegau.
Robert Drosdatius in Glas. **Jul. Knechtner** in Görlitz. **Ferd. Frank** in Rawitz.
J. G. Günther in Goldberg. **Berthold Ludwig** in Girschberg. **Fr. Kuhnert** in Kreuz-
burg und in Rosenburg. **B. Tschimski** in Falkenberg D/S. **C. Knobloch** in Bentzen D/S.

Amerikanische Malzbombons,
Brust-Caramellen, Cibi-Zucker und Isländ. Moosbambons,
empfehlen: **Ferd. Weinrich,** [1577]
Schmiedebrücke Nr. 54 (Adam und Coa), und am Hintermarkt Nr. 1.

Echten Eichel-Kaffee,
Cacao-Masse, Cacao-Thee und Kaffee, sowie alle andern Sorten **Cacao-**
und **Chocoladen-Fabrikate,** empfiehlt in bewährter Güte:
Ferd. Weinrich, Chocoladen- und Bonbon-Fabrik,
Schmiedebrücke Nr. 54, und am Hintermarkt Nr. 1. [1576]

Eine Auswahl Billards und Queue's
so wie mit dem Ueberziehen der Billards, empfiehlt sich: **Lehner,** Ring Nr. 15. [1573]

Gedrehte Queuesleder von Gutta-Percha,
welche im Schnepfer jetzt die vorzüglichsten sind, nebst Gantschut-Gutta-Percha-Banden,
neue wie gebrauchte Billards, empfiehlt nur die Billardfabrik des **A. Wahner,** Nikolaistr. 27.
Wir empfangen eine neue Sendung
großer, süßer, Meßmaier Apfelsinen,
und empfehlen dieselben, 16-20-24 Stück für 1 Thlr.; in Original-Risten billiger.
Gebrüder Friederici,
Ring Nr. 9, vis-à-vis der Hauptwaage. [1595]